



WAS STÄRKT DEMOKRATIEN?

Fundamente, Zusammenhänge und
Empfehlungen im Ländervergleich

Gesellschaft
denken

Dominik H. Enste
Jennifer Potthoff
Katharina Werner

Das Roman Herzog Institut

Das Roman Herzog Institut ist ein Think Tank, der sich mit den Gegenständen Werte, Führung und Zukunft beschäftigt. Durch Studien, Publikationen und digitale Formate zu Themen wie Demokratie, strategischem Denken und Gerechtigkeit leisten wir Beiträge zur gesellschaftlichen Diskussion.

Wir fördern den Austausch von Ideen durch öffentliche Veranstaltungen und die Vergabe des Roman Herzog Forschungspreises Soziale Marktwirtschaft, der herausragende Dissertationen und Habilitationen auszeichnet.

Impressum

© 2026 Roman Herzog Institut e. V.

Herausgeber:
Roman Herzog Institut e. V.

Kontakt:
Dr. Martin Michael Lang
Geschäftsführer
Roman Herzog Institut e. V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
info@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

ISSN 1863-3978
ISBN 978-3-941036-83-3

Fotos: Rodenstock (S. 2): Flo Huber;
Potthoff (S. 39): IW; Werner (S. 39): privat;
Enste (S. 39): Klaus D. Wolf

**Diese Publikation ist beim Herausgeber
kostenlos erhältlich auf
www.romanherzoginstitut.de**

Zitate aus dieser Publikation sind
unter Angabe der Quelle zulässig.



natureOffice.com/DE-077-176520

Folgen Sie uns auf ...



Inhalt

Vorwort	2
Randolf Rodenstock	
1 Demokratie unter Druck	3
2 Institutioneller Wandel: Arten von Demokratie und Kapital	5
2.1 Varianten von Demokratien	5
2.2 Kapitalarten als Voraussetzung für demokratische Strukturen	7
2.3 Gefahren für Demokratien aus individualistischer Perspektive	8
3 Arten von Kapital als Ressource gelingender Demokratien	10
3.1 Ökonomisches Kapital	12
3.2 Sozialkapital	14
3.3 Humankapital	16
3.4 Kulturelles Kapital	18
3.5 Moralkapital	19
3.6 Institutionelles Kapital	21
3.7 Naturkapital	22
4 Demokratie und Kapital: Wechselseitige Abhängigkeiten	24
4.1 Kapitalarten als Voraussetzungen demokratischer Resilienz	24
4.2 Korrelation von Demokratie und den sieben Arten von Kapital	26
4.3 Wechselwirkungen zwischen Kapitalarten und Demokratie	26
5 Handlungsempfehlungen	28
5.1 Makroebene: Ordnungspolitische Rahmensetzung	28
5.2 Mesoebene: Zivilgesellschaft, Unternehmen und Schulen	29
5.3 Mikroebene: Bürgerinnen und Bürger als Kapitalproduzenten	30
Literatur	32
Das Wichtigste in Kürze	38
Autoren	39

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit für Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Vorwort



Mehr als 80 Prozent der Deutschen befürworten die liberale Demokratie. Gleichzeitig ist aber nur rund die Hälfte zufrieden damit, wie sie im Alltag funktioniert. Kritisiert werden vor allem die überbordende Bürokratie und die mangelnde Effizienz der demokratischen Institutionen. Immer mehr Menschen glauben zudem, dass straffes Durchregieren die weltweiten Krisen besser bewältigt als langwierige demokratische Verfahren.

Die Autorinnen und Autoren der vorliegenden Studie untersuchen, was liberale Demokratien funktionsfähig und robust macht. In einer vergleichenden Analyse von Daten aus 181 Ländern identifizieren sie zentrale Voraussetzungen für das Gelingen demokratischer Systeme, die sich gegenseitig beeinflussen.

Materieller Wohlstand bildet eine wichtige Grundlage für öffentliche Güter. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht aber erst durch kulturelle und soziale Faktoren wie geteilte Werte, Vertrauen in Mitmenschen und intakte Netzwerke. Die Bereitschaft, an demokratischen Prozessen mitzuwirken, steigt mit dem Bildungsniveau. Sie sinkt jedoch, wenn Menschen Regeln und Verfahren als unfair empfinden. Für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie ist schließlich auch der Umgang mit ökologischem Kapital ausschlaggebend – auch wenn sich mit diesem derzeit kaum Wahlen gewinnen lassen.

Eine stabile Demokratie, so das Fazit der Ökonomen, entsteht nicht durch einen einmaligen Verfassungsakt mit einem Federstrich. Sie muss sich vielmehr in einem fortlaufenden Prozess bewähren, indem ihre Ressourcen klug genutzt und dynamisch an die jeweilige gesellschaftliche Realität angepasst werden. Der Erfolg einer demokratischen Ordnung ist damit nicht in Stein gemeißelt – ihr Scheitern aber glücklicherweise auch nicht.

Noch gibt es bei uns eine große Zustimmung zur Demokratie als Staatsform. Wir klagen also auf hohem Niveau. Aber immer mehr, auch jüngere Menschen zeigen sich offen gegenüber autoritären Ideen. Der Blick in die Welt zeigt, dass die Zahl demokratisch verfasster Staaten kontinuierlich abnimmt.

Die Autorinnen und Autoren geben konkrete Empfehlungen, wie wir die Abwärtsspirale der Demokratie wieder in eine Aufwärtsspirale umwandeln können. Diese richten sich ebenso an staatliche Akteure wie an Unternehmen, Schulen und Vereine – und an jeden Einzelnen. Denn funktionsfähig ist eine Demokratie nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger sie unterstützen und tragen. In ihrem Alltag leben sie demokratische Kultur: durch kritisches Denken und Dialogbereitschaft, durch Gestaltungswillen und zivilgesellschaftliches Engagement, durch Vertrauen in sich selbst und andere.

Die liberale Demokratie vor ihrer inneren Zersetzung zu bewahren, ist und bleibt eine Aufgabe für uns alle. Die vorliegende RHI-Studie gibt dazu wichtige Denkanstöße.

Professor Randolph Rodenstock
Vorstandsvorsitzender
Roman Herzog Institut e.V.

Kapitel 1

Demokratie unter Druck

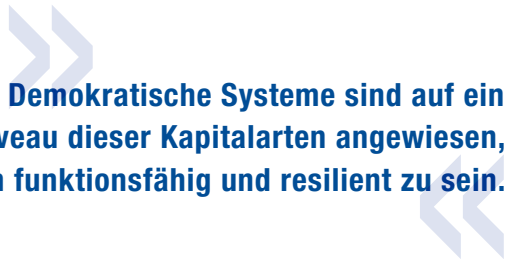
In den vergangenen Jahrzehnten galt die weltweite Ausbreitung demokratischer Regierungsformen als nahezu irreversibler Trend. Huntington (1991) beschrieb diese Entwicklung als »dritte Welle« der Demokratisierung, wies jedoch bereits selbst auf mögliche Gegenbewegungen hin. Ungeachtet dieser Warnung hatten Demokratisierungswellen dazu geführt, dass gegen Ende des 20. Jahrhunderts mehr Staaten demokratisch verfasst waren als je zuvor in der Geschichte (Vorländer, 2026, S. 6 ff.).

»Wandel durch Handel« war ein Narrativ, das mit der Hoffnung verbunden war, die Globalisierung werde autoritäre Staaten schrittweise in liberale Marktwirtschaften mit demokratischen Strukturen verwandeln. Am deutlichsten gescheitert ist das Konzept sicherlich mit Blick auf China und Russland. Anders als erhofft, haben sich beide Länder nicht zu demokratischen Marktwirtschaften entwickelt. Stattdessen ist China ein autokratischer Staatskapitalismus mit einer Einparteienregierung geblieben. Russland ist in den vergangenen Jahren in eine oligarchisch geprägte Autokratie gekippt, deren Wirtschaft immer abhängiger von Rüstungsausgaben und Rohstoffexporten wird (Matthes, 2025).

Demokratien stehen nicht nur in asiatisch-pazifischen und zentralasiatischen Regionen sowie in Lateinamerika unter Druck, sondern auch in Europa. Es ist eine Transformation liberaler Demokratien zu autoritärer Allein- oder Ein-Parteien-Herrschaft zu beobachten (Vorländer, 2026, S. 118 ff.). Die Anzeichen für eine Krise oder zumindest Erosion demokratischer Ordnungen mehren sich überall: Autokratische Tendenzen in etablierten Demokratien, die Konsolidierung hybrider Regime und die parti-

elle Rückabwicklung demokratischer Reformen werfen die Frage auf, von welchen Bedingungen die Stabilität und Leistungsfähigkeit von Demokratien abhängen (Acemoğlu/Robinson, 2006; Inglehart/Welzel, 2005; Lührmann/Lindberg, 2019; Nord et al., 2025). Um zu erklären, warum einige Demokratien resilient sind, während andere scheitern oder deformiert werden, reicht ein enger institutioneller Blick nicht aus.

Aufbauend auf Arbeiten zur sozialwissenschaftlichen Kapitaltheorie (Bourdieu, 1986; 1987), zur Bedeutung von Sozialkapital für Demokratien (Putnam, 1993; 2000; Fukuyama, 1995) und auf multikapitalen Ansätzen in der



Demokratische Systeme sind auf ein Mindestniveau dieser Kapitalarten angewiesen, um funktionsfähig und resilient zu sein.

Wohlfahrts-, Nachhaltigkeits- und Glücksforschung (OECD, 2001; Enste et al., 2019; Enste/Funk/Klöß, 2025) wird ein erweitertes Kapitalmodell entfaltet. Es unterscheidet heuristisch sieben Kapitalarten und versucht, diese sowohl theoretisch als auch empirisch mit gelingender Demokratie zu verknüpfen – über die in der empirischen Demokratieforschung bisher untersuchten Voraussetzungen hinaus. Die Kapitalarten sind:

- ökonomisches Kapital,
- soziales Kapital,
- Humankapital,

- kulturelles Kapital,
- Moralkapital,
- institutionelles Kapital und
- Naturkapital.

Freie, demokratische Gesellschaften beruhen nicht nur auf Institutionen. Ihre Resilienz hängt auch davon ab, ob Menschen Anerkennung erfahren, ihre Zukunft als gestaltbar wahrnehmen und psychische Sicherheit und Sinnhaftigkeit im Beruf, in der Familie oder der Gesellschaft erleben. Wenn Zukunft nur noch als Bedrohungsraum und Krisen als Abfolge von Kontrollverlust und zunehmender Hilflosigkeit empfunden werden, leiden die Menschen und verlieren ihre psychische Stabilität. Dieser Verlust der individuellen Regulationsfähigkeit hat auch Folgen für das demokratische Zusammenleben (Brooks, 2026; Tagay, 2026).

Die zentrale These lautet: Demokratische Systeme sind einerseits auf ein Mindestniveau der sieben Kapitalarten angewiesen, um funktionsfähig und resilient zu sein; andererseits bieten sie – unter bestimmten institutionellen Bedin-

gungen – besonders günstige Rahmenbedingungen für deren Entfaltung und Akkumulation (Vorländer, 2017; 2026; Enste, 2026; Enste/Funk/Klöß, 2025). Mit anderen Worten wirken die verschiedenen Kapitalarten in einem sich gegenseitig verstärkenden Prozess zusammen: Dieser kann im besten Fall zu einer Aufwärtsspirale, im negativen aber auch zu einer Abwärtsspirale führen. Exemplarisch wurden die Kipppunkte in einer solchen Spirale bereits am Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt (Sozialkapital) und Wirtschaftswachstum (ökonomisches Kapital) mit weltweiten Daten gezeigt (Goldschmidt et al., 2025).

Dabei sind die Kapitalarten evolutionären und institutionellen Veränderungen unterworfen und stehen in Wechselwirkung mit dem marktwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel. Inwieweit das Zusammenspiel der Arten von Kapital zu demokratischen Strukturen beiträgt oder diese gefährdet und welche Dynamiken entstehen, wird im Folgenden zunächst theoretisch und anschließend empirisch beleuchtet.

Kapitel 2

Institutioneller Wandel: Arten von Demokratie und Kapital

2.1 Varianten von Demokratien

Die demokratietheoretische Debatte hat lange zwischen eher minimalistischen, vor allem an Wettbewerbswahlen orientierten Demokratiebegriffen und umfassenderen, normativ gehaltvolleren Konzepten liberaler, deliberativer oder radikaldemokratischer Ordnung unterschieden (Vorländer, 2017; 2026). Es zeigt sich, dass es kein universell gültiges Demokratiemodell gibt, sondern historisch und kulturell variierende Ausprägungen, die sich jedoch an gemeinsamen Kernprinzipien orientieren: Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechten und politischem Pluralismus (Vorländer, 2017, S. 53 ff.; 2026, S. 47 ff.).

Die normativen Leitplanken – individuelle Freiheit, Eigentumsrechte, Rechtsstaat, faire Wettbewerbsordnung, Beteiligungsrechte – werden explizit als Maßstäbe benannt, an denen die Qualität von Institutionen und teilweise auch die Ausgestaltung der sieben Kapitalarten gemessen werden kann. Demokratie wird damit nicht nur als empirisch beschreibbare Herrschaftsform, sondern als liberal-evolutorische Referenzordnung aufgefasst, in der ordnungspolitische Rahmensetzung, zivilgesellschaftlicher Wettbewerb und institutioneller Wandel in einem lernfähigen System zusammenwirken (Vorländer, 2017; Eucken, 1952; Hayek, 1975; Enste, 2002; Coman/Brack, 2025).

Von einer (liberalen) Demokratie wird dann gesprochen, wenn folgende Kriterien erfüllt sind (Vorländer, 2017; 2026):

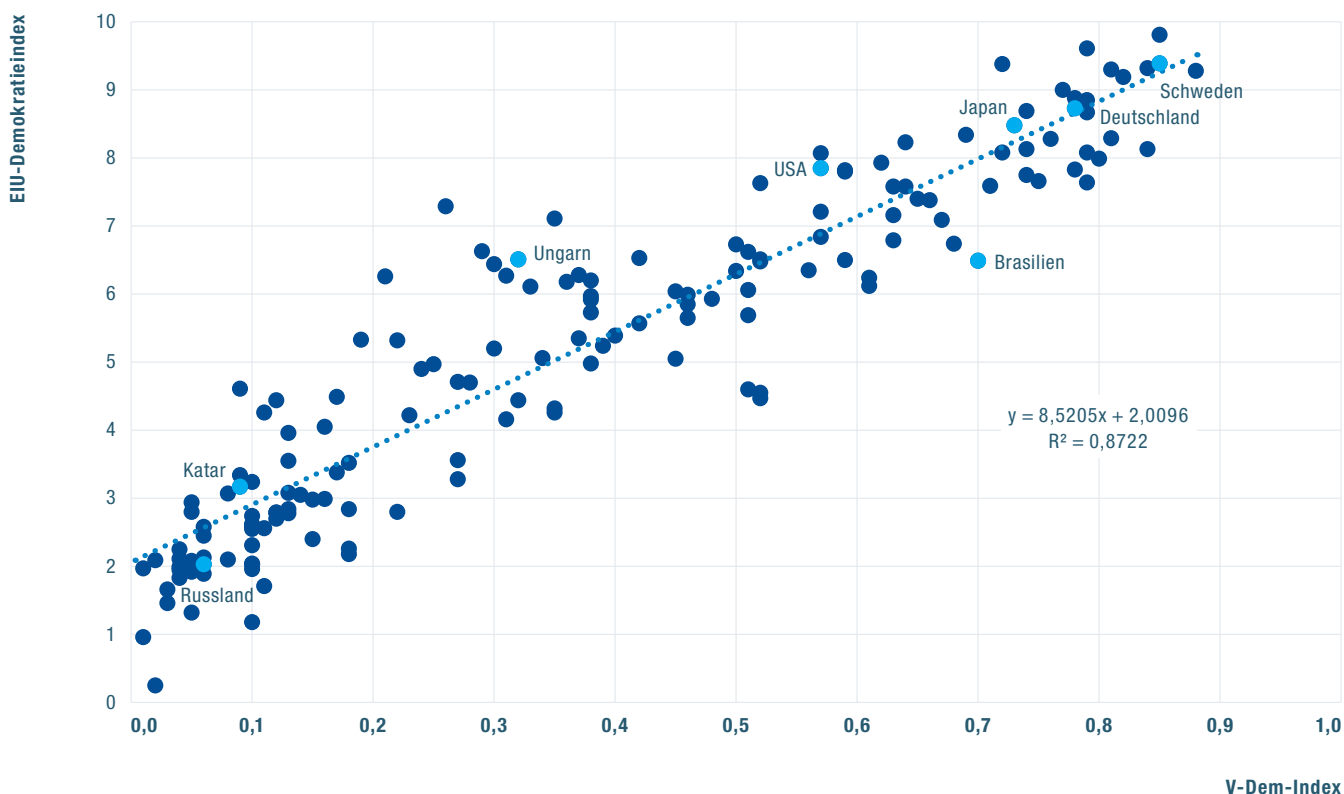
1. freie, gleiche und geheime Wahlen in regelmäßigen Abständen; das Recht politischer Konkurrenz von Parteien und Kandidaten,

2. Grund- und Menschenrechte, insbesondere Meinungs-, Informations-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit,
3. Rechtsstaatlichkeit: Bindung aller öffentlichen Gewalt an Verfassung und Gesetz, unabhängige Gerichte, effektiver Rechtsschutz,
4. Gewaltenteilung und »Checks and Balances«, die Machtkonzentration verhindern,
5. politischer Pluralismus und zivilgesellschaftliche Organisation jenseits des Staates.

Diese Kriterien sind in institutionellen Arrangements unterschiedlich ausgeprägt, bilden jedoch einen normativen Kern liberaler Demokratie, das in unterschiedlichen Verfassungsordnungen konkretisiert wird (parlamentarische versus präsidentielle Systeme, Konkurrenzdemokratien wie Großbritannien versus Konsensdemokratien wie die Schweiz, verschiedene Grade direkter Demokratie; vgl. Vorländer, 2017, S. 58 ff.; 2026). Rund ein Dutzend verschiedene wissenschaftliche Institutionen erfassen – auf diesen Kriterien basierend – die Ausprägung von Demokratien empirisch und vergleichen sie miteinander (Herre, 2026). Zwei häufig verwendete und mit aktuellen Daten für 181 Länder verfügbare Indizes sind der Demokratieindex der Economist Intelligence Unit (EIU) und der »Liberal Democracy Index« (V-Dem-Index). Auch wenn alle Indizes etwas andere Schwerpunkte setzen, ergeben sich für unseren Ländervergleich nur marginale

Es zeigt sich, dass es kein universell gültiges Demokratiemodell gibt, sondern historisch und kulturell variierende Ausprägungen.

Abbildung 1

Korrelation zwischen EIU-Demokratieindex und V-Dem-Index

Quellen: Eigene Berechnungen; Ursprungsdaten: Economist Intelligence Unit, 2024; V-Dem-Institute, 2025

Unterschiede bei der Einschätzung, wie demokratisch ein Land ist (Abbildung 1).

Der EIU-Demokratieindex basiert auf 60 Indikatoren, die in fünf Kategorien unterteilt sind: Wahlprozess und Pluralismus; Funktionsweise der Regierung; politische Partizipation; politische Kultur und bürgerliche Freiheiten (0 = höchst undemokratisch; 10 = höchst demokratisch). Ganz ähnlich erfasst der V-Dem-Index auf Basis von Expertenansichten unter anderem diese Faktoren: In Wahlen werden Regierungschef und Parlament bestimmt, es gibt ein umfassendes Wahlrecht sowie freie und faire Wahlen; Vereinigungs- und Meinungsfreiheit sind gewährleistet (0 = höchst undemokratisch; 1 = höchst demokratisch). Die sehr starke Korrelation zwischen beiden Indizes über verschiedene Länder hinweg für das Jahr 2024 (vgl. Abbildung 1) zeigt, dass sie trotz unterschiedlicher Schwerpunkte zu weitgehend übereinstimmenden Ergebnissen gelangen.

Die folgende Analyse der Voraussetzungen gelingender Demokratien ist nicht normativ neutral, sondern setzt implizit auf einen liberalen Referenzrahmen, kombiniert mit einer ordnungspolitischen Rahmensetzung, welche sich evolutiv weiterentwickelt (Eucken, 1952; Hayek, 1975; Enste, 2002). Moderne Demokratien liberaler Couleur dienen für die Analyse als normativer Anker, weil solche Demokratien zugleich wirtschaftliche Freiheit, Wettbewerb sowie Vielfalt und Offenheit ohne staatliche Bevormundung in Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft gewähren und gleichzeitig Eigentums- und Freiheitsrechte garantieren. Dabei ist kein libertärer Staat im Sinne eines »Laissez-faire« adressiert, sondern vielmehr ein liberales Konzept, das auf den theoretischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne von Eucken, Hayek und Schumpeter basiert und in dem unter anderem eine soziale Mindestsicherung konstitutionell verankert ist. Eine solche Demokratie muss sich immer

wieder bewähren, wobei ihre Resilienz unter anderem davon abhängt, ob und wie sehr die Bürger ihren Institutionen vertrauen (Croissant/Lott, 2025).

In Deutschland wird die Legitimität der Demokratie weiterhin außerordentlich hoch bewertet. Demokratische Wahlen sind für über 90 Prozent von hohem Wert, und selbst politische Parteien erreichen noch eine Zustimmung von 77 Prozent der Bevölkerung (Verkamp/Koß, 2026). Die seit sieben Jahren deutlich geringere Zufriedenheit mit dem praktischen Funktionieren der Demokratie hat deren Legitimität und Akzeptanz offensichtlich nicht beschädigt. Die Demokratie in Deutschland ist, so Verkamp/Koß (2026), trotz aller Krisen und Unwägbarkeiten stabil und resilient.

Diese Resilienz wird gestärkt, wenn staatliche Aufgaben effizient ohne zu umfangreiche Bürokratie bewältigt werden (Vorländer, 2026, S. 98 f.). Ausgeprägte Effizienzprobleme offizieller Institutionen zeigen sich spätestens dann, wenn Bürger sich im Sinne von Hirschmans »Exit, Voice, Loyalty« (1970) nicht mehr loyal gegenüber dem Staat und Gemeinwesen verhalten und nicht mehr ihre »Voice-Option« – also zum Beispiel die Stimmgabe bei Wahlen – nutzen oder diese als unzureichend ansehen. Foa/Mounk (2017) zeigen auf Basis von Daten des World Values Survey, dass die Zustimmung zur liberalen Demokratie in etablierten Demokratien über viele Jahrzehnte hinweg schleichend zurückgeht – insbesondere bei jüngeren

Kohorten wächst die Offenheit für autoritäre Alternativen. Die Forscher sehen darin ein Frühwarnsignal für eine mögliche »demokratische Dekonsolidierung« auch in vermeintlich stabilen westlichen Demokratien. Die Abwanderung (Exit) ins Ausland oder in den Untergrund (Schattenwirtschaft) kann als Reaktion auf eine »Sklerose« der Demokratie verstanden werden (Enste, 2002). Dem lässt sich auf unterschiedliche Weise durch die Stärkung der Kapitalarten begegnen.

2.2 Kapitalarten als Voraussetzung für demokratische Strukturen

Die Frage, wodurch die Loyalität gegenüber dem eigenen Land gestärkt und die Abwanderung vermieden werden kann, ist ein zentrales Thema der empirischen und vergleichenden Demokratieforschung, die institutionelle Mindestvoraussetzungen liberaler Demokratie ermittelt hat (Vorländer 2017, S. 48 ff.; 2026, S. 90 ff.; Acemoğlu/Robinson, 2006). Aus dieser lassen sich sieben Bedingungen destillieren, die sich sieben Kapitalarten (Enste, 2026) zuordnen lassen (Tabelle 1).

Tabelle 1

Bedingungen für resiliente demokratische Ordnungen

	Bedingungen für Demokratie	Arten von Kapital
1	Kulturelle Homogenität/gemeinsame Wertevorstellungen	Kulturelles Kapital
2	Grundbildung (Lesen, Schreiben, Rechnen, Wissen)	Humankapital
3	Geringe soziale Ungleichheit	Sozialkapital
4	Tugend der Bürger/bürgerschaftliches Engagement/Zivilgesellschaft/pluralistische Gesellschaft	Moralkapital
5	Institutionelle Infrastruktur/inklusive Institutionen/effizienter Staat/effektive Kontrolle staatlicher Gewalt	Institutionelles Kapital
6	Marktwirtschaftliche Bedingungen/Wettbewerb/Wohlstand	Ökonomisches Kapital
7	Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung/Generationengerechtigkeit	Naturkapital

Quellen: Vorländer, 2017; 2026; Enste, 2026

Die Resilienz einer Demokratie hängt davon ab, ob und wie sehr die Bürger in ihre Institutionen vertrauen.

Dabei handelt es sich um notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für eine »gelingende« Demokratie im Sinne stabiler Legitimität, Leistungsfähigkeit und Resilienz. Denn zusätzlich beeinflussen internationale Bedeutung, gesellschaftliche und religiöse Pfadabhängigkeiten, historische Zufälligkeiten und Schocks – etwa Kriege oder Naturkatastrophen – die Entwicklung eines Landes (Merkel, 2004).

Aus evolutiv-ordnungsökonomischer Perspektive lässt sich dieser Befund weiter zuspitzen: Institutionen und Regeln sind nicht bloß »Rahmenbedingungen«, sondern Ergebnis und zugleich Motor eines historischen Lern- und Selektionsprozesses, in dem formelle und informelle Regeln im Wettbewerb



Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Stabilität entstehen in einem fortlaufenden Prozess von Versuch und Irrtum.

stehen (Hayek, 1975; North, 1990; Enste, 2002). Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Stabilität entstehen demnach nicht in einem einmaligen Verfassungskontrakt, sondern in einem fortlaufenden Prozess von Versuch und Irrtum, in dem Ordnungen sich bewähren oder scheitern müssen. Die Bestände an ökonomischem Kapital, Human-, Sozial- oder Moralkapital sind dabei nicht einfach »gegeben«, sondern Resultat vergangener institutioneller Arrangements, Lernprozesse und auch von Normbrüchen, die zu Reformen geführt haben. Ein Kapitalbegriff, der diese Dynamik ignoriert, bliebe statisch. Der hier vertretene Ansatz versteht Kapitalarten daher zugleich als Ergebnis und als Träger eines offenen Entwicklungspfad, der kontingent – also abhängig von historischen Zufälligkeiten – ist.

2.3 Gefahren für Demokratien aus individualistischer Perspektive

Diese Arten von Kapital werden – im Sinne des methodologischen Individualismus – durch das Handeln von Individuen aufgebaut, aber auch zerstört. Diese Analyse richtet den Blick somit auf den Einfluss der Menschen auf das System und weniger auf die Wirkungen von Systemen auf Menschen. Denn das Gefühl der Machtlosigkeit von Individuen angesichts eines sich beschleunigenden Weltgeschehens und des »Auseinanderfallens von Welt- und Lebenszeit« (Blumenberg, 1986) kann zur Zerstörung demokratischer Strukturen beitragen. Ein Weg, mit der narzisstischen Kränkung umzugehen, dass die Welt sich weiterdreht, während das eigene Leben unweigerlich zu Ende geht, ist der Versuch Weltbewegendes zu tun. Konstruktiv wäre es etwa, sich in Wissenschaft, Kultur und Gemeinwesen zu engagieren und so zur Gestaltung der Arten von Kapital beizutragen. Für Blumenberg wird der Versuch, eine Kongruenz von Lebens- und Weltzeit zu erreichen, zum Wahn, wenn Autokraten sich Denkmäler setzen, »tausendjährige« Reiche aufbauen oder sich dauerhaft an der Macht halten wollen und damit Demokratien zerstören (Blumenberg, 1986, S. 80 ff.).

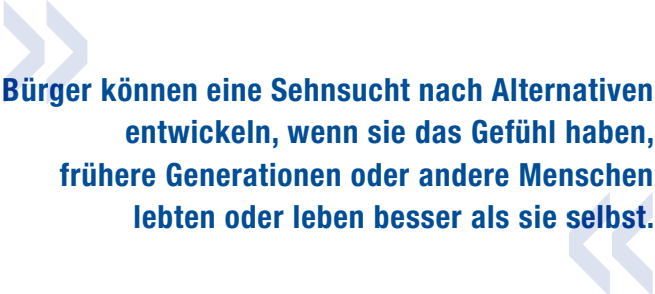
Aber auch Bürger und Bürgerinnen können aus Verbitterung eine Sehnsucht nach Alternativen (bis hin zum Faschismus) entwickeln, wenn sie das Gefühl haben, frühere Generationen oder andere Menschen lebten oder leben besser als sie selbst. Die Wut spaltet Gemeinschaften, und Ressentiments entstehen bei dem Gedanken, dass die Zeit, in die man gefallen ist, größeren Verzicht fordert, und die Zugeständnisse, die man an die Gesellschaft macht, sich nicht wirklich auszahlen (Blumenberg, 1986, S. 75 ff.; Foa et al., 2020).

Auf diese Gefahr hat auch Roman Herzog (Herzog, 2008) hingewiesen, der vor den Vorboten einer Rentnerdemokratie warnte, die vor allem das ökonomische Kapital bedroht. Greta Thunberg hat diesen Vorwurf an frühere Generationen, die Zukunft der jungen Generation zerstört zu haben, exemplarisch so formuliert: »How dare you! You have stolen my dreams and my childhood with your empty

words« (Thunberg, 2019). Sie fürchtet die Zerstörung des Naturkapitals. Rechte Parteien hingegen profitieren von der Sorge mancher Menschen, in den etablierten Strukturen und Entwicklungen verloren zu gehen und nicht gesehen zu werden (Betz/Oswald, 2022). Sie sprechen damit Ängste vor Verzicht bei Freiheit und Wohlstand sowie vor einem Wandel von Moralvorstellungen an.

Umso wichtiger ist es, deutlich zu machen, dass es zum einen um die Welt und die Menschheit womöglich besser bestellt ist, als vielfach berichtet und wahrgenommen wird (Fetchenhauer/Enste, 2012; Pinker, 2018): Früheren Generationen ging es – bei allen Herausforderungen, die der beschleunigte Wandel unserer Zeit mit sich bringt – nicht besser als der heutigen. Zum anderen gilt es aufzuzeigen

– und dies ist das Ziel dieses Beitrags –, welche Ressourcen gestärkt werden können, um Demokratie zu bewahren und zugleich einen konstruktiven Umgang mit dem Auseinanderfallen von Welt- und Lebenszeit zu finden. Denn die sieben Arten von Kapital sind nicht nur Ressourcen für gelingende Demokratien, sondern auf individueller Ebene auch für ein gelingendes Leben.



Bürger können eine Sehnsucht nach Alternativen entwickeln, wenn sie das Gefühl haben, frühere Generationen oder andere Menschen lebten oder leben besser als sie selbst.

Kapitel 3

Arten von Kapital als Ressource gelingender Demokratien

Die folgende Beschreibung verschiedener Arten von Kapital als Ressourcen für ein gelingendes Zusammenleben innerhalb demokratischer Strukturen hat zunächst einen ordnenden und heuristischen Charakter. Sie soll auf Aspekte aufmerksam machen, die über die bisherige Demokratieforschung hinausgehen. Der World Happiness Report (Helliwell et al., 2026), der Happy Planet Index (2026), der Sustainable Development Report (Sachs et al., 2025) und der Fragile States Index (Fund for Peace, 2025) verdeutlichen, dass neben wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auch andere Faktoren das politische und soziale Leben bestimmen. Wenngleich das Wahlkampfmantra Bill Clintons »It's the economy, stupid!« aus dem Jahre 1992 vielfach zitiert und seine Aussagekraft in den vergangenen Jahren in vielen Ländern bestätigt wurde, zeigen diese Berichte, dass weitere Kapitalarten bei Wahlen und für die Demokratie eine wichtige Rolle spielen.

»
Als heuristische Kategorien lassen sich sieben Kapitalarten unterscheiden, die als Bedingungen für starke Demokratien beschrieben werden.
«

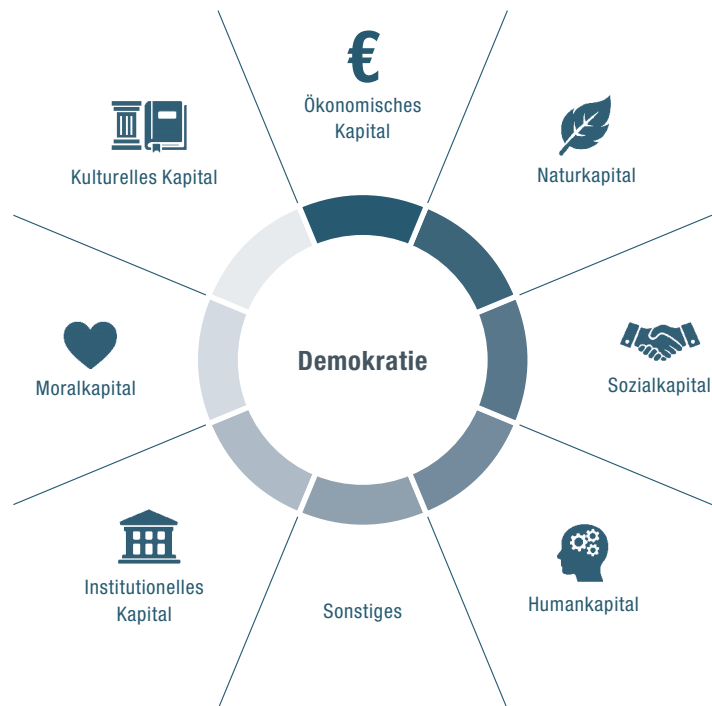
Der Kapitalbegriff bezeichnet in der Ökonomik traditionell Sach- und Finanzkapital als Produktionsfaktoren (etwa in der neoklassischen Wachstumstheorie; vgl. OECD, 2001). Bereits in den 1970er-Jahren wurde diese Sicht durch die Neue Institutionenökonomik erweitert, die

die Bedeutung des institutionellen Kapitals hervorhob und in den 1990er-Jahren auch zunehmend in der wirtschaftspolitischen Beratung berücksichtigt wurde (exemplarisch Richter, 1990; Richter/Furubotn, 1996; Acemoğlu/Johnson/Robinson, 2001).

Mit dem Aufkommen der Humankapitaltheorie sowie Ansätzen zu Sozial- und kulturellem Kapital wurde dieses Verständnis aus Sicht der Soziologie nochmals erheblich erweitert (Bourdieu, 1986; 1987; Putnam, 1993; 2000; Fukuyama, 1995). Bourdieu unterscheidet ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital als ineinander überführbare Ressourcen, die gesellschaftliche Teilhabe, Status und Machtchancen prägen (Bourdieu, 1986, S. 241 ff.; 1987). Putnam und andere knüpfen daran an, um zu zeigen, dass insbesondere Sozialkapital – verstanden als Netzwerke, Normen und Vertrauen – entscheidend zur Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen beiträgt (Putnam, 1993; 2000; Lorch/Mauk, 2025).

Neuere wohlfahrtsökonomische und wirtschaftsethische Arbeiten greifen diese Ansätze auf, um eine Typologie von Kapitalarten zu entwickeln, die nicht nur individuelles Wohlbefinden und wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die Resilienz gesellschaftlicher Ordnungen erklären soll (OECD, 2001; Enste, 2025; 2026; Enste/Funk/Klös, 2025). Als heuristische Kategorien lassen sich sieben Kapitalarten unterscheiden (Enste, 2025; 2026), die im Folgenden kurz als Bedingungen für gelingende Demokratien – und im weiteren Sinne auch für gelingendes Leben – beschrieben werden. Dabei sind diese Kapitalarten nicht überschneidungsfrei, was sich auch bei der Auswahl der empirischen Indikatoren zeigt. Außerdem

Abbildung 2

Übersicht zu Arten von Kapital und Demokratie

Quelle: Eigene Darstellung

Methodische Anmerkungen

Das Konzept der sieben Arten von Kapital wird in dieser Studie basierend auf 181 Ländern überprüft. Dabei sind einige Limitationen zu beachten.

Erstens mussten bei der Auswahl der Variablen zahlreiche Kompromisse eingegangen werden, um eine so große Zahl an Ländern miteinander auf Basis gleicher Daten zu vergleichen. Denn wünschenswerte Daten lagen nicht oder nur für wenige Länder vor oder waren aktuell nicht verfügbar. Deshalb sind manche Variablen besser, andere schlechter geeignet, um die verschiedenen Arten von Kapital zu messen.

Zweitens sorgt die Verdichtung der Variablen zu Indizes mit der Normierung auf 0–100 für einen Informationsverlust; aber nur so lassen sich verschiedene Variablen miteinander vergleichen. Die angewandte Methode wird zudem standardmäßig zur Indexbildung verwendet.

Drittens sind einzelne Indikatoren des Moral- und Institutionenkapitals – insbesondere Korruptionsbekämpfung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie staatliche Effektivität – konzeptionell eng mit gängigen Demokratieindikatoren verwandt und beruhen zum Teil auf überlappenden Datenquellen. In diesen Fällen messen die Variablen eher unterschiedliche Facetten eines gemeinsamen übergeordneten Konstrukts demokratischer und rechtsstaatlicher Governance als klar getrennte, unabhängige Größen. Solche

Limitationen gibt es jedoch generell bei vielen Indizes. Hier kann dies dazu führen, dass die beobachteten Korrelationen zwischen Moral- und Institutionenkapital und Demokratieindizes durch gemeinsame Konzeptualisierung und Messung getrieben werden. Inhaltliche Überschneidungen sind explizit benannt und Befunde zu Indikatoren mit starker Governance-Nähe werden vorsichtig interpretiert.

Viertens handelt es sich um eine rein querschnittliche Ländervergleichsstudie für einen Zeitpunkt (überwiegend 2023/2024), sodass keine Aussagen über zeitliche Dynamiken oder kausale Wirkungsrichtungen möglich sind. Höhere Kapitalausstattungen können sowohl Voraussetzung als auch Folge höherer demokratischer Qualität sein oder ihrerseits durch externe Faktoren (zum Beispiel historische Entwicklung, regionale Cluster, Rohstoffreichtum) beeinflusst werden.

Fünftens werden in einigen Fällen Teilindizes als Indikatoren verwendet (zum Beispiel der Fragile States Index), sodass Unschärfen und Überschneidungen möglich sind. Entsprechend versteht sich die Analyse als explorativer Beitrag, der Muster und Hypothesen für weiterführende, kausal angelegte Längsschnitt- oder Panelstudien generiert, diese aber nicht ersetzen kann. Wenn von Voraussetzungen für Demokratie gesprochen wird, können die sieben Kapitalarten Ansatzpunkte liefern, Demokratien indirekt zu fördern – selbst wenn sie zugleich deren Folge sind.

erhebt die Übersicht nicht den Anspruch, alle relevanten Ressourcen zu erfassen. So werden manchmal zusätzlich physisches, psychologisches und spirituelles Kapital betrachtet (Enste, 2026).

3.1 Ökonomisches Kapital

Ökonomisches Kapital umfasst Sach- und Finanzvermögen auf individueller, unternehmerischer und makroökonomischer Ebene; es drückt sich aus in Produktionskapazitäten, Infrastruktur, Einkommen und Vermögen sowie in Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und Kapitalstock (OECD, 2001). Hier wird das ökonomische Kapital insbesondere durch das BIP pro Kopf gemessen (mit Daten von Eurostat, OECD, IMF, Weltbank). Ergänzt wird der Indikator durch zwei zusammenfassende Indizes: den Index für unternehmerische Freiheit der Heritage Foundation, der die Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten misst, und den des Fund for Peace, der wirtschaftlichen Niedergang und Armut erfasst. Der Vergleich der Indexzahlen – die Ergebnisse der Staaten werden dabei auf einer Skala von 0 (schlechtester Wert) bis 100 (bester Wert) normiert – zeigt folgende Rangliste der Top-13-Länder (Rangfolge für Index 2023/24) und

das jeweilige BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten (US-Dollar; Tabelle 2). Noch vor den skandinavischen Ländern liegen Singapur, Irland und Luxemburg, unter anderem aufgrund der starken Finanzindustrie. Deutschland liegt, gemessen am ökonomischen Kapital, auf Platz 13.

Für Demokratien ist ökonomisches Kapital aus mindestens drei Gründen bedeutsam (Acemoglu/Robinson, 2006; Enste/Funk/Klös, 2025):

- Finanzierung öffentlicher Güter (Bildung, Gesundheit, Sicherheit), die Voraussetzung für politische Teilhabe und soziale Integration sind;
- Verringerung materieller Existenzängste und relativer wirtschaftlicher Not, die Nährboden für populistische und antidemokratische Bewegungen sind;
- Erweiterung des Handlungsspielraums demokratischer Regierungen für Investitionen, ohne dass Austeritätspolitiken erzwungen werden.

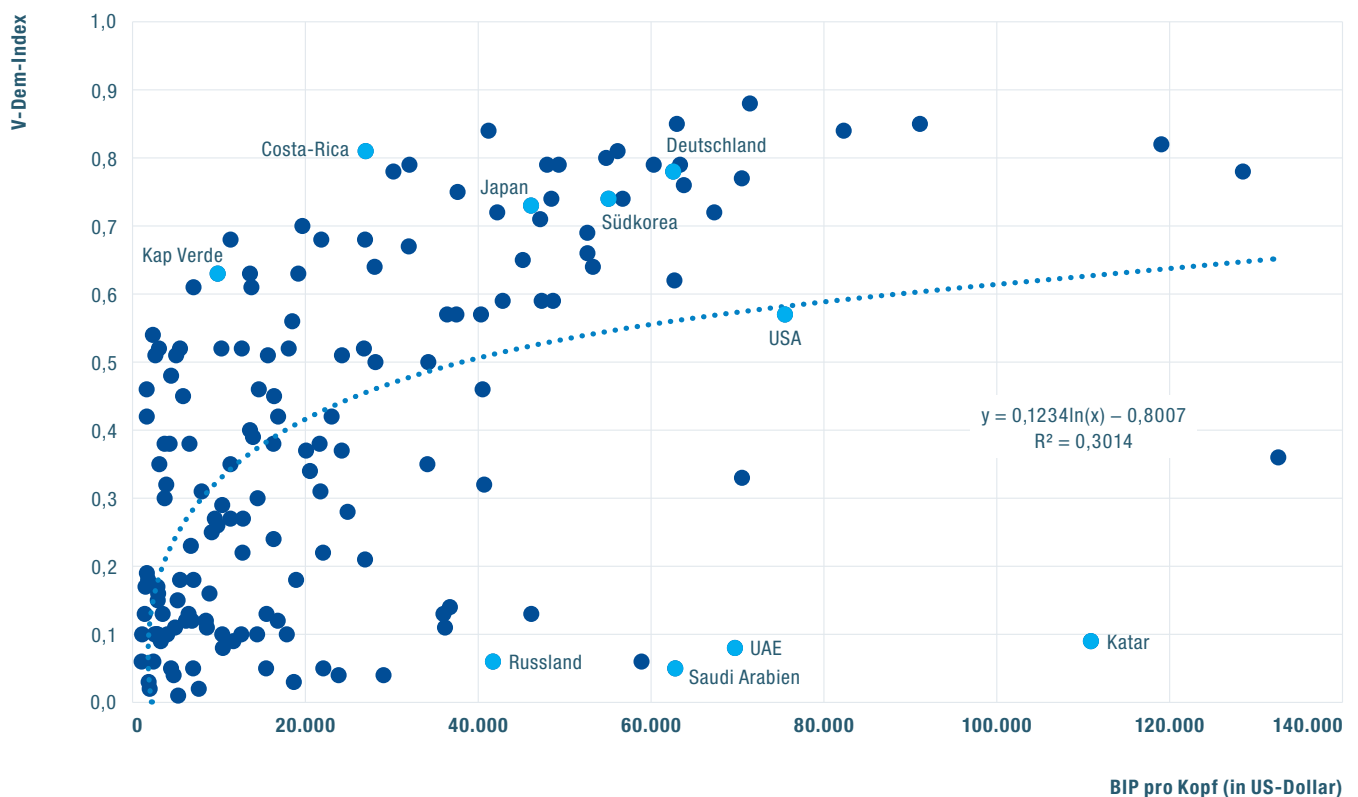
Empirische Studien zeigen, dass ein höheres Einkommensniveau und geringere Armut mit der Stabilität demokratischer Ordnungen zusammenhängen (Inglehart/Welzel, 2005;

Tabelle 2
Die Top-13-Länder beim ökonomischen Kapital
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, in Kaufkraftparitäten (US-Dollar)

	Land	Index 2015	Index 2023/24	BIP pro Kopf 2024/2025
1	Singapur	90,06	97,08	132.570
2	Irland	69,76	93,15	119.038
3	Luxemburg	89,02	91,92	128.475
4	Norwegen	85,41	85,17	91.105
5	Dänemark	78,25	84,50	71.431
6	Schweiz	75,92	83,21	82.286
7	Katar	82,16	80,70	110.890
8	Niederlande	69,06	79,88	70.499
9	Australien	76,88	79,06	60.304
10	USA	73,85	77,29	75.489
11	Schweden	74,35	77,27	62.979
12	Österreich	70,99	76,35	63.788
13	Deutschland	71,94	76,03	62.555

Quellen: Eigene Berechnungen; Ursprungsdaten: Eurostat, OECD, IMF und World Bank, aufbereitet von Our World in Data, 2025; Heritage Foundation, 2025; Fund for Peace, 2025

Abbildung 3

Zusammenhang zwischen BIP pro Kopf und Demokratie

Quellen: Eigene Berechnungen; Ursprungsdaten: V-Dem-Institute, 2025; Our World in Data, 2026

Treisman, 2020). Verteilungskonflikte und hohe Ungleichheit verstärken die Neigung von Eliten zu Repression oder zum Rückbau demokratischer Institutionen, während inklusivere ökonomische Strukturen die Konsolidierung von Demokratie erleichtern (Acemoğlu/Robinson, 2006; Rau/Stokes, 2025).

Die Korrelationsanalyse (Abbildung 3) macht deutlich, dass es keinen einfachen linearen Zusammenhang zwischen dem BIP pro Kopf und dem V-Dem-Index gibt, auch die logarithmische Funktion (der angedeutete kurvenförmige Zusammenhang) erklärt nur etwa 30 Prozent der Varianz. Länder wie Bahrain, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien sind Beispiele für ein hohes BIP pro Kopf und wenig Demokratie. Kap Verde, Costa Rica und Estland sind wiederum Beispiele für Länder, die trotz demokratischer Strukturen (noch) wesentlich ärmer sind als andere Demokratien.

Handel und Globalisierung mögen bei Russland (Demokratiewert 0,06 beim V-Dem-Index/2,0 beim EIU-Index) und China (Demokratiewert 0,04 beim V-Dem-Index/2,1 beim EIU-Index) nicht zur Demokratisierung beigetragen haben, aber historische Vorbilder zeigen, dass »Wandel durch Handel« keine utopische Vorstellung sein muss: Die westlichen Demokratien sind unter anderem entstanden, weil sich im 18. und 19. Jahrhundert in Europa und Nordamerika – aufgrund eines dynamischen Wirtschaftswachstums – eine bürgerliche Mittelschicht und

Empirische Studien zeigen deutlich, dass ein höheres Einkommensniveau und geringere Armut mit der Stabilität demokratischer Ordnungen zusammenhängen.

eine organisierte Arbeiterbewegung formierten, die demokratische Mitbestimmung einforderten (Acemoğlu/Robinson, 2000). Der zunehmende Wohlstand war dabei nicht nur eine Folge der industriellen Revolution, sondern auch von Handel und Wirtschaftsöffnung. Nach 1945 und den Zeiten von Protektionismus und Krieg wurde eine neue Weltwirtschaftsordnung geschaffen, die Handelsliberalisierung und den Abbau von Zöllen im Rahmen des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) vorantrieb. Die Folge waren Wachstum und Wohlstand in Verbindung mit einer Ausweitung von Demokratien.

Für Deutschland bedeutete dies die Rückkehr auf den Weltmarkt. Der »Wandel durch Annäherung« – zum Beispiel Erdgaspipelines nach Russland – sollte zudem Spannungen

Die Integration Chinas in die Weltwirtschaft sollte dort Wohlstand schaffen – und damit auch Demokratisierung.

im Kalten Krieg abbauen. Aber auch in Asien (Japan und »Tigerstaaten« wie Südkorea und Taiwan) öffneten Länder schrittweise ihre Märkte. Später setzte sich diese Entwicklung fort, da seit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) auf dem Fundament des GATT im Jahr 1995 bis heute immer mehr Entwicklungsländer Mitglieder geworden sind (Matthes, 2025).

2001 ließen die USA, die EU und die anderen WTO-Mitglieder auch China beitreten. Zuvor hatte es Bedenken gegeben, ob die Volksrepublik sich auch an die WTO-Regeln halten würde. Die Integration Chinas in die Weltwirtschaft sollte dort Wohlstand schaffen – und damit auch Demokratisierung. Doch diese damals nicht unbegründete Hoffnung erwies sich als naiv. Die Effekte anderer politischer Vorprägungen, historischer Erfahrungen in einem sehr großen Land, die fehlende Zivilgesellschaft und vor allem die massive Unterdrückung der Entwicklung demokratischer Strukturen in China,

Russland und arabischen Staaten wurden unterschätzt (Matthes, 2025). Ökonomisches Kapital (insbesondere gemessen am BIP pro Kopf) reicht mithin nicht, um Demokratien zu schaffen (Wu, 2025).

3.2 Sozialkapital

Sozialkapital bezeichnet Netzwerke, Normen und Vertrauen, die Kooperation und kollektives Handeln erleichtern (Bourdieu, 1986; Putnam, 1993; 2000; Huysentruyt et al., 2025). Putnam definiert Sozialkapital als Merkmale sozialer Organisation, die die Koordination und Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen erleichtern (Putnam, 1993). In einem Vergleich italienischer Regionen zeigt er, dass hohe Bestände an Sozialkapital mit besserer Regierungs- und Verwaltungsleistung einhergehen.

Für Demokratien ist Sozialkapital in mehrfacher Hinsicht zentral (Putnam, 1993; 2000; Fukuyama, 1995; Enste/Schwarz/Suling, 2020; Gabel/Potthoff, 2025):

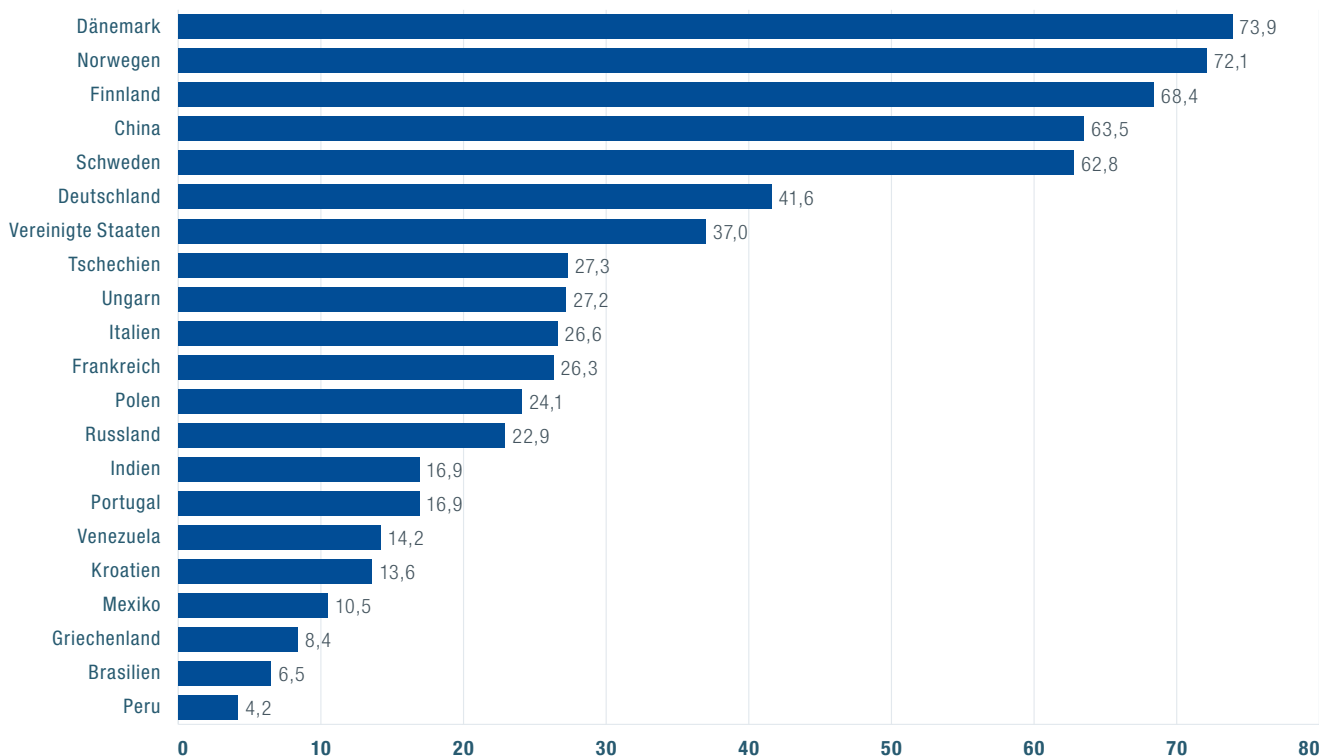
- Es stärkt horizontales Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und erleichtert kollektives Handeln jenseits staatlicher Steuerung.
- Es dient als Grundlage einer lebendigen Zivilgesellschaft, die als »Zwischenbereich« zwischen Individuum und Staat fungiert.
- Soziales Kapital führt zu höherer Legitimität demokratischer Institutionen, da es Akzeptanz, freiwillige Regelbefolgung und Erwartungssicherheit fördert – Grundlagen, auf denen demokratische Ordnungen beruhen.

Vorländer spricht in diesem Zusammenhang von einer Kultur des Vertrauens, in der Konflikte zwar offen ausgetragen werden, aber der grundlegende Konsens über die Spielregeln gewahrt bleibt (Vorländer, 2017, S. 48 ff.). Empirische Forschung zeigt, dass generalisiertes Vertrauen in Mitmenschen eng mit Indikatoren demokratischer Qualität, Korruptionskontrolle und Regierungsleistung korreliert (OECD, 2001; Putnam, 1993; 2000; Justino/Samarin, 2024). Aktuellere empirische Längsschnitt-

Abbildung 4

Vertrauen in Mitmenschen (2022)

Anteil der Personen, die der Aussage »Den meisten Menschen kann man vertrauen« zustimmen (Angaben in Prozent)



Quelle: Our World in Data, 2025

analysen belegen allerdings, dass dieser Zusammenhang voraussetzungsreicher ist, als oft angenommen. Politisches Vertrauen verstärkt demokratische Qualität nur in Kontexten, die bereits ein hohes Demokratieniveau aufweisen (Kołczyńska/Bürkner, 2026).

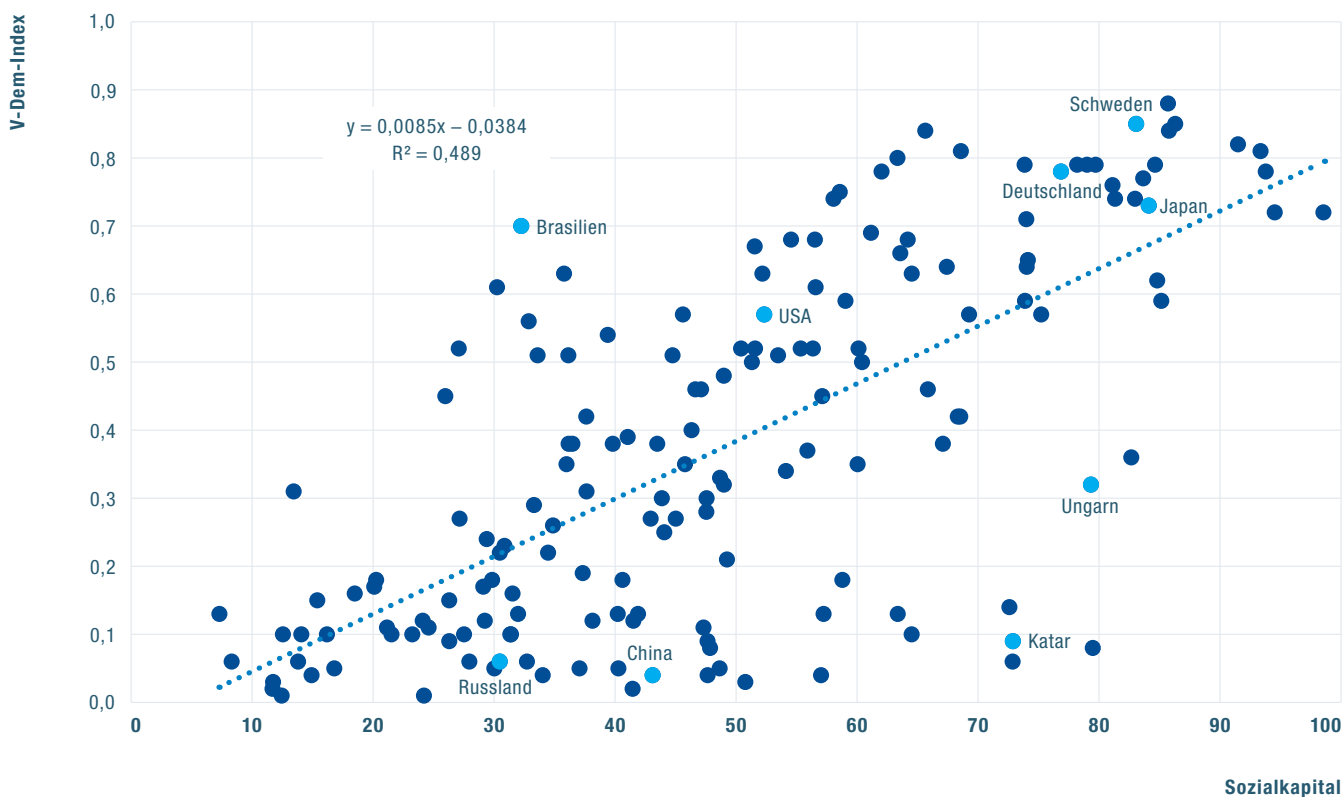
Eine Übersicht mit einer Auswahl von Ländern (Abbildung 4) hinsichtlich des generalisierten Vertrauens zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Staaten. Neben den erwartbaren skandinavischen Ländern befindet sich überraschend auch China unter den Top 10 von 100 Ländern. Zugleich sind Menschen in europäischen Staaten wie Griechenland deutlich vorsichtiger gegenüber ihren Mitmenschen als Menschen auf anderen Kontinenten. In vielen osteuropäischen Ländern liegt der Anteil der Personen, die ihren Mitmenschen vertrauen, ebenfalls deutlich unter 30 Prozent. Dabei gibt es enge wechselseitige Zusammenhänge zwischen Vertrauen, Einkommen,

In vielen osteuropäischen Ländern liegt der Anteil der Personen, die ihren Mitmenschen vertrauen, deutlich unter 30 Prozent.

Lebenszufriedenheit und Gesundheit (Enste/Schwarz/Suling, 2020; Zheng/Zhang, 2025).

Da Daten zum generalisierten Vertrauen in Mitmenschen nur für wenige Zeitpunkte und nur für 100 und nicht 181 Länder vorliegen, werden hier – ähnlich wie bei Goldschmidt et al. (2025) – Daten des Fund for Peace verwendet, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt breiter mit drei Indizes messen: (1) strukturelle Ungleichheit, die nicht auf ökonomischen Disparitäten, sondern soziostrukturellen Ursachen (wie Ethnie oder Religion) beruht, (2) Gruppen-

Abbildung 5

Zusammenhang zwischen Sozialkapital und Demokratie

Quellen: Eigene Berechnungen; Ursprungsdaten: Fund for Peace, 2025; V-Dem-Institute, 2025

konflikte durch soziale und politische Spaltung sowie (3) Sicherheitsbedrohungen und fehlendes Vertrauen in die innere Sicherheit. Eine Analyse der Korrelation zwischen Sozialkapital und Demokratie liefert eine mittlere Stärke mit einem Erklärungsbeitrag ($R^2 = 0,49$) zwischen diesen beiden Faktoren (Abbildung 5). Es gibt viele Länder, die demokratisch sind, aber über weniger gesellschaftlichen Zusammenhalt verfügen (sie liegen oberhalb der Trendlinie). In einigen Ländern hingegen halten Menschen

trotz fehlender demokratischer Strukturen zusammen (diese Staaten liegen unterhalb der Trendlinie). Oberhalb liegen Länder wie Schweden, Deutschland, Japan, unterhalb finden sich Staaten wie Ungarn, Russland, Katar oder China.

3.3 Humankapital

Humankapital bezeichnet die in Individuen inkorporierten Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Produktivität und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen (OECD, 2001). Darüber hinaus könnte es auch als positive Energie für die Gestaltung der Gesellschaft verstanden werden. In der Bildungsökonomik wird es primär als Faktor für wirtschaftliches Wachstum verstanden; in der Demokratieforschung rückt zunehmend seine Rolle für politische Partizipation und politisches Urteilsvermögen in den Fokus (Glaeser/Ponzetto/

Studien deuten darauf hin, dass einerseits die Demokratisierung Bildungsexpansion begünstigt, andererseits Bildung als Ressource zur Konsolidierung demokratischer Institutionen wirkt.

Shleifer, 2007; Brown, 2017; Kudrnáč/Davenport, 2025). Theoretisch lässt sich argumentieren, dass Bildung auf mehreren Ebenen demokratierelevant ist (Glaeser/Ponzetto/Shleifer, 2007):

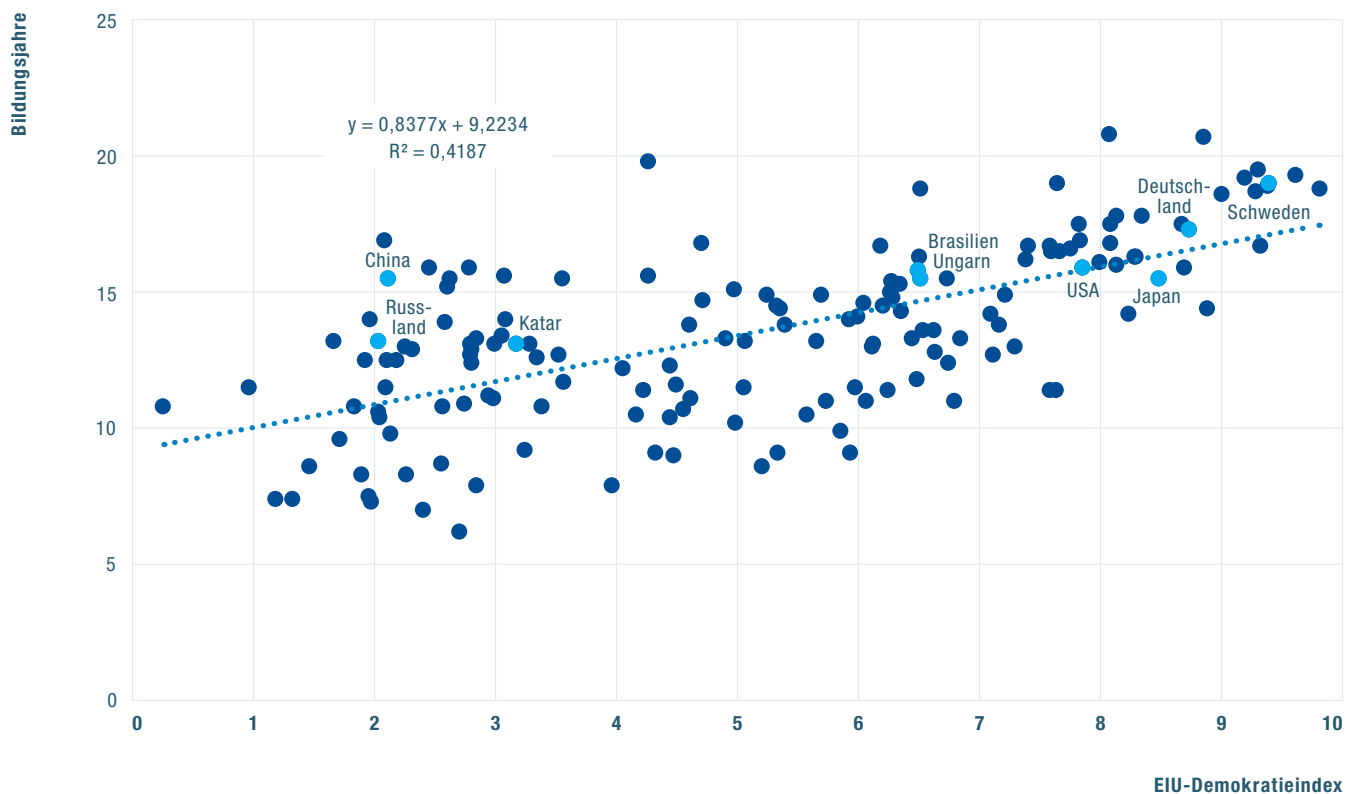
- Bildung vermittelt kognitive Fähigkeiten, die für die Informationsverarbeitung, Problemlösung und zur kritischen Reflexion politischer Angebote notwendig sind.
- Sie fördert soziales Lernen, Kooperationsfähigkeit und die Bereitschaft zu zivilem Engagement.
- Zudem steigert Bildung die wahrgenommenen Kosten autoritärer Herrschaft und stärkt die Präferenz für Selbstbestimmung.

Empirische Analysen zeigen eine robuste Korrelation zwischen Bildungsniveau und demokratischer Unterstützung sowie höherer Beteiligung an Wahlen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten (Brown, 2017). Studien zum Zusammenhang von Demokratie und Bildung deuten darauf hin, dass einerseits die Demokratisierung Bildungsexpansion begünstigt, andererseits Bildung als Ressource zur Konsolidierung und Verteidigung demokratischer Institutionen wirkt (Glaeser/Ponzetto/Shleifer, 2007; Kim, 2025). Hier wird Humankapital empirisch und theoretisch weiter gefasst, indem es neben dem Wissen zusätzlich auch

Die Förderung von Bildung trägt zur Stabilisierung von Demokratien bei.

Abbildung 6

Zusammenhang zwischen Bildung und Demokratie



Quellen: Eigene Berechnungen; Ursprungsdaten: Economist Intelligence Unit, 2024; UNDP, 2025 (bezogen über Our World in Data)

physisches Kapital umfasst. Deshalb werden, neben den erwarteten Jahren, die im Bildungssystem verbracht werden, auch Daten wie Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeitsrate berücksichtigt.

Exemplarisch zeigt sich ein mittelstarker Zusammenhang ($R^2 = 0,42$) zwischen den erwarteten Bildungsjahren von Kindern und dem EIU-Demokratieindex (Abbildung 6). Allerdings ist zu beachten, dass der marginale Effekt des Demokratieindex auf die durchschnittliche Schuljahresanzahl mit etwa 0,84 Jahren relativ gering ausfällt. Die Förderung von Bildung trägt zur Stabilisierung von Demokratien bei – umgekehrt gehen Menschen in Demokratien länger zur Schule. Beide Wirkungsrichtungen sind denkbar. Empirisch ist der Effekt von Demokratie auf die Bildungsexpansion allerdings deutlich schwächer als oft angenommen. Eine Längsschnittstudie über 109 Länder und

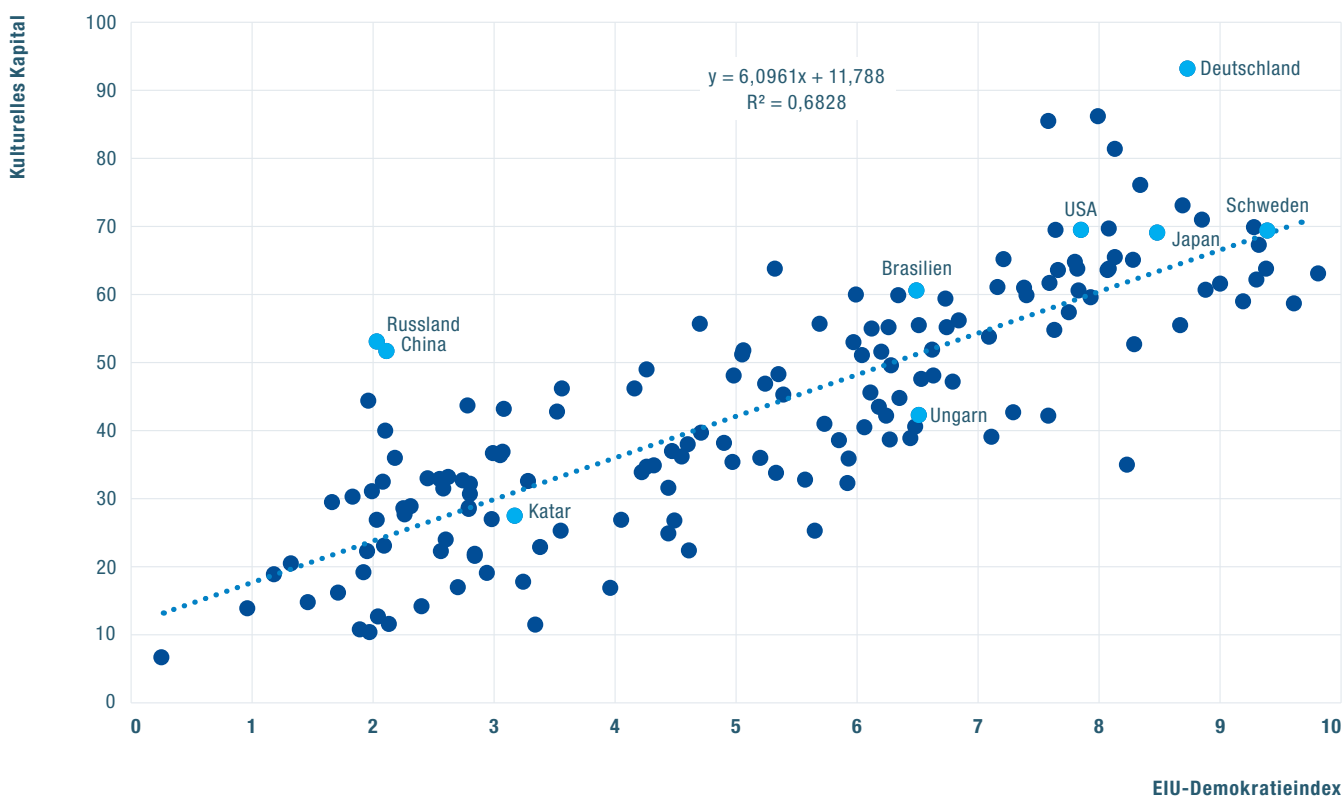
200 Jahre zeigt, dass autokratische Regime den Ausbau staatlicher Grundschulbildung in vielen Fällen bereits vor der Demokratisierung vorangetrieben hatten, etwa zur Industrialisierung, Nationenbildung oder zur Förderung der Loyalität (Paglayan, 2021).

3.4 Kulturelles Kapital

Kulturelles Kapital, in Anlehnung an Bourdieu, umfasst kulturelle Kompetenzen, objektivierte Kulturgüter (Bücher, Kunstwerke) und institutionalisierte Abschlüsse (Bourdieu, 1986; 1987; Lamont/Lareau, 1988). Es prägt Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, Kommunikationsfähigkeit und die Fähigkeit, an gesellschaftlichen Diskursen teilzunehmen (Bourdieu, 1987; Lamont/Lareau, 1988; Habermas, 1992). Für Demokratien ist kulturelles Kapital insofern bedeutsam, als es:

Abbildung 7

Zusammenhang zwischen kulturellem Kapital und Demokratie



Quellen: Eigene Berechnungen; Ursprungsdaten: Economist Intelligence Unit, 2024; UNDP, 2025; UNESCO World Heritage Centre, 2025; V-Dem-Institute, 2025

- den Zugang zu Kommunikationsräumen und Foren für den argumentativen Austausch strukturiert,
- die Artikulation und Repräsentation unterschiedlicher Lebenslagen und Weltanschauungen ermöglicht,
- gemeinsame symbolische Bezugspunkte (Geschichte, Sprache, Narrative) bereitstellt, die Integration fördern (Vorländer, 2017; Inglehart/Welzel, 2005; Dryzek, 2010; Norris/Inglehart, 2019).

In pluralen Gesellschaften kann kulturelles Kapital allerdings auch zur Reproduktion von Ungleichheit beitragen, wenn bestimmte kulturelle Codes als legitimer gelten und dadurch politische und gesellschaftliche Eliten geschaffen werden (Bourdieu, 1987; Lamont, 2000; Reay, 2017). Demokratische Systeme stehen daher vor der Herausforderung, sowohl kulturelle Vielfalt zu schützen als auch minimal geteilte normative Grundlagen – etwa Menschenwürde, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit – zu sichern (Habermas, 1992; Vorländer, 2017, S. 53 ff.; Norris/Inglehart, 2019). Für die empirische Analyse (Abbildung 7) wird kulturelles Kapital exemplarisch durch formale Bildung, akademische und künstlerische Freiheiten sowie die Anzahl der Kulturdenkmäler operationalisiert. Meinungsfreiheit als Messgröße von Demokratien geht vielfach mit akademischer und künstlerischer Freiheit einher, sodass die recht starke Korrelation zwischen diesen beiden Indizes und die erklärte Varianz von $R^2 = 0,68$ nicht überrascht (Polivtseva, 2026).

3.5 Moralkapital

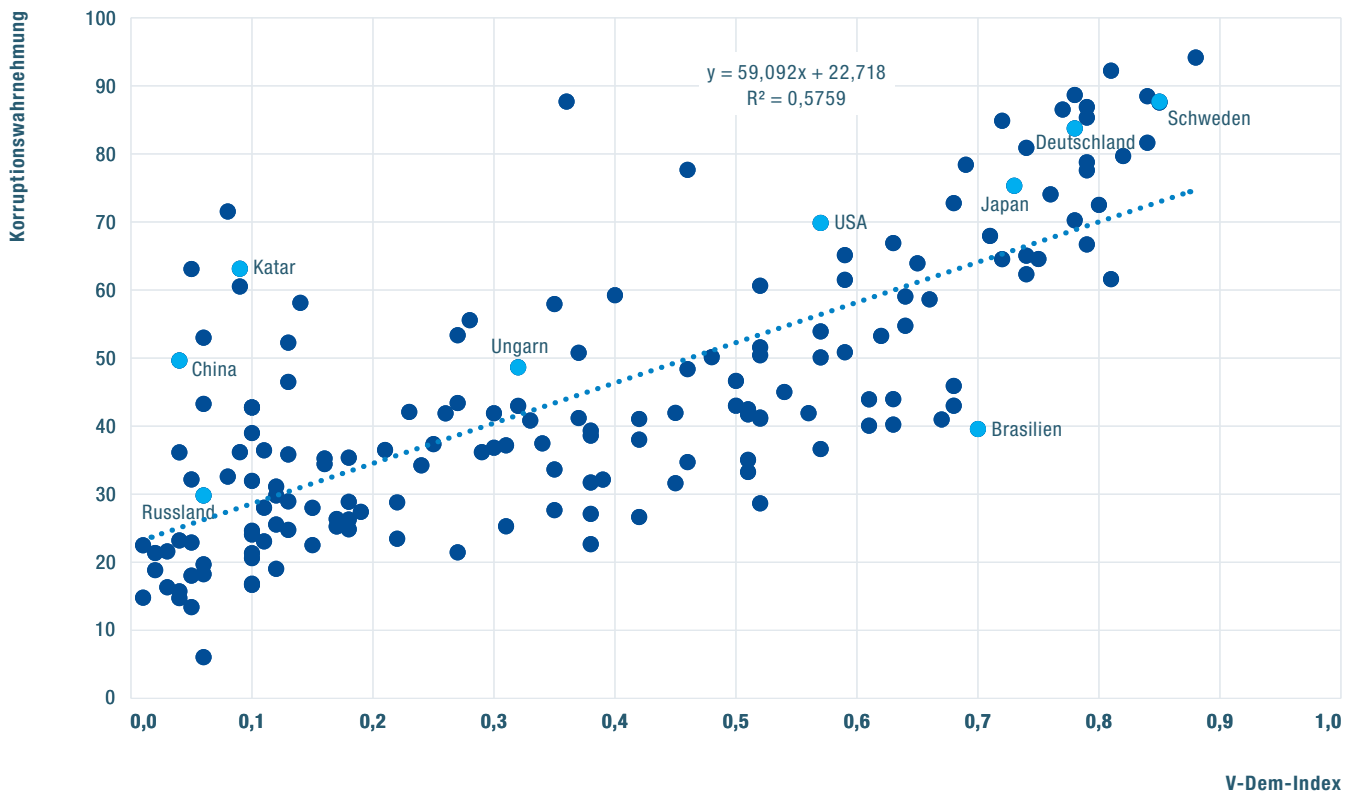
Moralkapital ist in der klassischen Kapitaltheorie weniger etabliert, gewinnt aber in der wirtschaftsethischen und politökonomischen Debatte an Bedeutung (Enste, 2025; 2026). Es bezeichnet zum einen die Glaubwürdigkeit, Integrität und Reputation von Personen und Institutionen sowie die Bereitschaft zur Einhaltung normativer Erwartungen, zum anderen das Vertrauen darauf, dass Machttträger Verantwortung übernehmen und Regeln nicht willkürlich brechen (Fukuyama, 1995; Rothstein/Teorell, 2008; Hübl, 2024).

Moralkapital manifestiert sich nicht nur in der allgemeinen Reputation von Personen und Institutionen, sondern auch darin, dass Regeln akzeptiert und befolgt werden.

Moralkapital manifestiert sich nicht nur in der allgemeinen Reputation von Personen und Institutionen, sondern auch darin, dass Regeln faktisch akzeptiert und befolgt werden (Ostrom, 1990; Fukuyama, 1995; Baurmann, 1996). Normbrüche – etwa in Form von Steuerhinterziehung, Schattenwirtschaft oder informellen Arrangements – erscheinen zunächst als Erosion von Moralkapital und können in der Tat legitime Institutionen untergraben, wenn sie auf reine Trittbrettfahrer-Strategien und Ausbeutung der Allgemeinheit zielen. Die evolutische Ordnungsökonomik weist jedoch darauf hin, dass deviantes Verhalten auch einen wertvollen Informationsgehalt besitzt: Wenn formelle Regeln dauerhaft stark von informellen Normen, den Präferenzen der Betroffenen oder den praktischen Erfordernissen abweichen, bildet sich häufig eine parallele Ordnung heraus – etwa in der Schattenwirtschaft –, in der alternative Regeln erprobt und in kleineren Netzwerken stabilisiert werden (North, 1990; Hayek, 1975; Enste, 2002). In solchen Fällen signalisieren Normbrüche, dass bestehende Institutionen überkomplex, intransparent oder als unfair wahrgenommen werden. Sie können damit Ausgangspunkt für institutionelle Reformen sein – etwa den Bürokratieabbau –, sofern der demokratische Prozess diese Signale aufnimmt, statt lediglich repressiv zu reagieren.

Vor diesem Hintergrund gibt es zwei Transmissionswege institutionellen Wandels: einen formellen Weg über den demokratischen Willensbildungsprozess (»Voice-Option«) und einen informellen Weg über die Abwanderung in parallele Ordnungen – etwa Schattenwirtschaft, Steuervermeidung oder Standortverlagerung (»Exit-Option«). Eine rationale Ordnungspolitik sollte demnach eine Zwei-Säulen-Strategie verfolgen: zum einen die Attraktivität destruktiver »Exit-Optionen« durch einfachere, kohärente und fairere Regeln verringern, zum anderen die

Abbildung 8

Zusammenhang zwischen Korruptionswahrnehmung und Demokratie

Quellen: Eigene Berechnungen; Ursprungsdaten: Transparency International, 2025; V-Dem-Institute, 2025

»Voice-Option« stärken, indem demokratische Beteiligungs- und Kontrollkanäle ausgebaut werden (Direktdemokratie-Elemente, Transparenz, verlässliche Rechtswege; vgl. Blankart, 1998; Enste, 2002; Alm/Torgler, 2006; Mungiu-Pippidi, 2015).

Für Demokratien bedeutet dies: Moralkapital entsteht nicht allein durch appellative Moral, sondern auch durch verlässliche, als gerecht empfundene Regeln und Verfahren, bei denen sich Loyalität gegenüber der Ordnung lohnt und

in denen Unzufriedenheit vorrangig über »Voice« statt über »Exit« ausgedrückt werden kann. Destruktive Formen devianten Verhaltens (Korruption, systematischer Sozialleistungsmissbrauch) sind klar zu sanktionieren. Dort, wo Normbrüche auf Fehlanpassungen oder Überforderung der formellen Ordnung hinweisen, können sie hingegen Anlass sein, bestehende Regeln kritisch zu überprüfen. Wo sinnvoll, sollten informelle Praktiken legalisiert oder angepasst werden, zum Beispiel durch die Entbürokratisierung bestimmter Tätigkeiten oder flexiblere Arbeits- und Dienstleistungsformen.

Eine gewisse Tugendhaftigkeit und bürgerschaftliches Engagement sind Voraussetzungen für die Demokratie, die der Staat selbst nicht hervorbringen kann.

Eine gewisse Tugendhaftigkeit und bürgerschaftliches Engagement sind Voraussetzungen für die Demokratie, die der Staat selbst nicht hervorbringen kann – wohl aber durch inklusive Institutionen Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sie gedeihen können. In Demokratien erfüllt Moralkapital mindestens drei Funktionen (Rothstein/Teorell, 2008;

Mungiu-Pippidi, 2015; Enste/Funk/Klöß, 2025; Enste, 2026):

- Die Stabilisierung der Erwartung, dass politische Entscheidungen nicht nur legal, sondern auch legitim – das heißt am Gemeinwohl orientiert – getroffen werden.
- Geringere Transaktions- und Kontrollkosten, weil weniger formale Überwachung notwendig ist, wenn politische Akteure reputations-sensibel handeln.
- Prävention gegen Korruption und Amtsmissbrauch, indem öffentliche Sanktionierung von Regelverstößen wahrscheinlicher wird.

Zugleich ist Moralkapital ambivalent: Eine Überhöhung einzelner moralischer Anliegen kann zu »Moralspektakeln« führen, in denen symbolische Gesten wichtiger werden

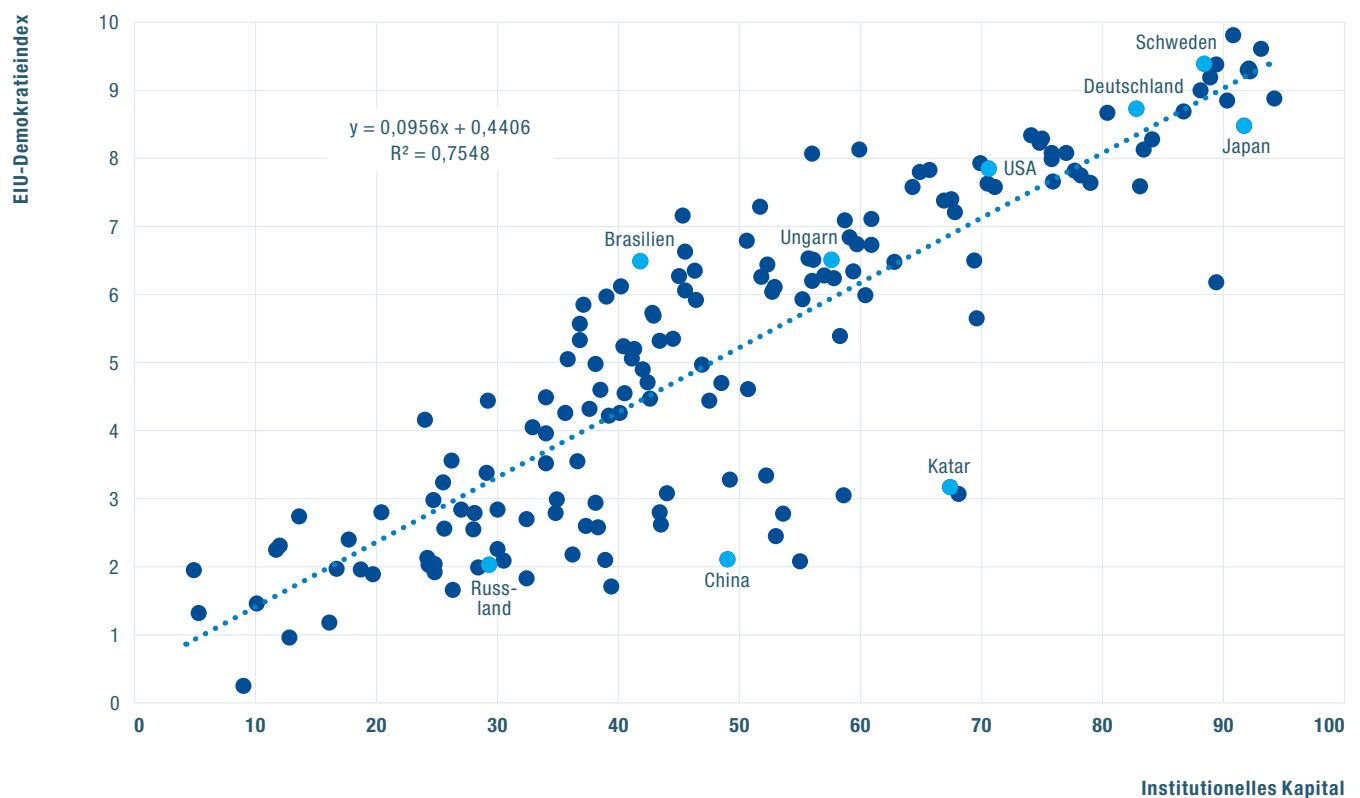
als sachgerechte Problemlösungen und so politische Polarisierung verstärken (Sunstein, 2009; Tosi/Warmke, 2020; Hübl, 2024). Für Demokratien ist deshalb nicht nur das Niveau, sondern auch die Struktur von Moralkapital entscheidend: Es sollte an Verfahren und Regeln gebunden sein, nicht nur an charismatische Personen oder moralische Kampagnen. Als Indikatoren für das Moralkapital werden die Wahrnehmung (Abbildung 8) und Bekämpfung von Korruption sowie die Einhaltung von Menschenrechten herangezogen.

3.6 Institutionelles Kapital

Eng mit Moralkapital verbunden, aber stärker auf die Regeln als auf das Verhalten und dessen Wahrnehmung ausgerichtet, ist das institutionelle Kapital. Es erfasst die Rahmenbedingungen in einer Gesellschaft (North, 1990): Inklusive Institutionen fördern nicht

Abbildung 9

Zusammenhang zwischen institutionellen Rahmenbedingungen und Demokratie



Quellen: Eigene Berechnungen; Ursprungsdaten: Economist Intelligence Unit, 2024; Weltbank, 2025; Fund for Peace, 2025

nur das Wohlstandswachstum, sondern auch Chancengerechtigkeit und sozialen Ausgleich. Indirekt können dadurch (wirtschaftliche und politische) Machtkonzentrationen vermieden werden (Acemoğlu/Robinson, 2012). Die Weltbank analysiert daher seit drei Jahrzehnten die



In der vergleichenden Demokratieforschung werden Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit vielfach nicht als Ressource berücksichtigt.



Entwicklung von Institutionen, da diese – in Ergänzung zu rein monetärer Unterstützung – als zentraler Hebel für wirtschaftliche Entwicklung gelten (Weltbank, 2025). Gute Institutionen stärken dabei demokratische Verhältnisse (Abbildung 9) und en passant auch das ökonomische Kapital sowie das Sozialkapital – und umgekehrt (Acemoğlu et al., 2019). Um das institutionelle Kapital zu messen, werden im Rahmen der weltweiten Governance-Indikatoren unter anderem regulatorische Qualität, politische Stabilität und Effektivität der Regierung erfasst. Zusätzlich wird das institutionelle Kapital mit einem Indikator des Fund for Peace zur staatlichen Legitimität vermessen (Kaufmann et al., 2010; Fund for Peace, 2025).

3.7 Naturkapital

In der vergleichenden Demokratieforschung werden Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit vielfach nicht als Ressource und Voraussetzung berücksichtigt. In der politischen Ökonomik im Sinne von Schumpeter

und Weber (Vorländer, 2026, S. 112 ff.) sorgt der Wettbewerb der Parteien und Politiker um die Gunst der Wähler dafür, dass aufgrund des rationalen Kalküls der Wähler vor allem kurzfristige Interessen bedient werden und den »Bedürfnissen des Augenblicks« (Tocqueville, 1984) gefolgt wird. Es findet eine Lastenabwälzung auf die nächsten Generationen statt, deren Interessen kaum Beachtung finden, was plakativ und provokativ von Thunberg (2019) angeprangert wurde. Die Nachhaltigkeitsdebatte der letzten 25 Jahre hat das Bewusstsein dafür geschärft, dass es zukünftigen Generationen finanziell und ökologisch womöglich nicht mehr automatisch besser gehen wird. (Ökologische) Nachhaltigkeit wird hier als Naturkapital kategorisiert: Es meint die Gesamtheit natürlicher Ressourcen und Ökosystemleistungen – von Rohstoffen über Biodiversität bis hin zu Klimastabilität und Erholungsräumen (OECD, 2001; Sachs et al., 2025). Ökologische Krisen – oder auch deren Bekämpfung – können demokratische Ordnungen massiv unter Druck setzen, weil sie Verteilungskonflikte verschärfen, Migrationsbewegungen auslösen und kurzfristige Interessen gegen langfristige Umweltziele auspielen (Sachs et al., 2025). Operationalisiert wird Naturkapital hier exemplarisch durch Treibhausgasemissionen pro Kopf, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung und die Sterblichkeitsrate aufgrund von Luftverschmutzung.

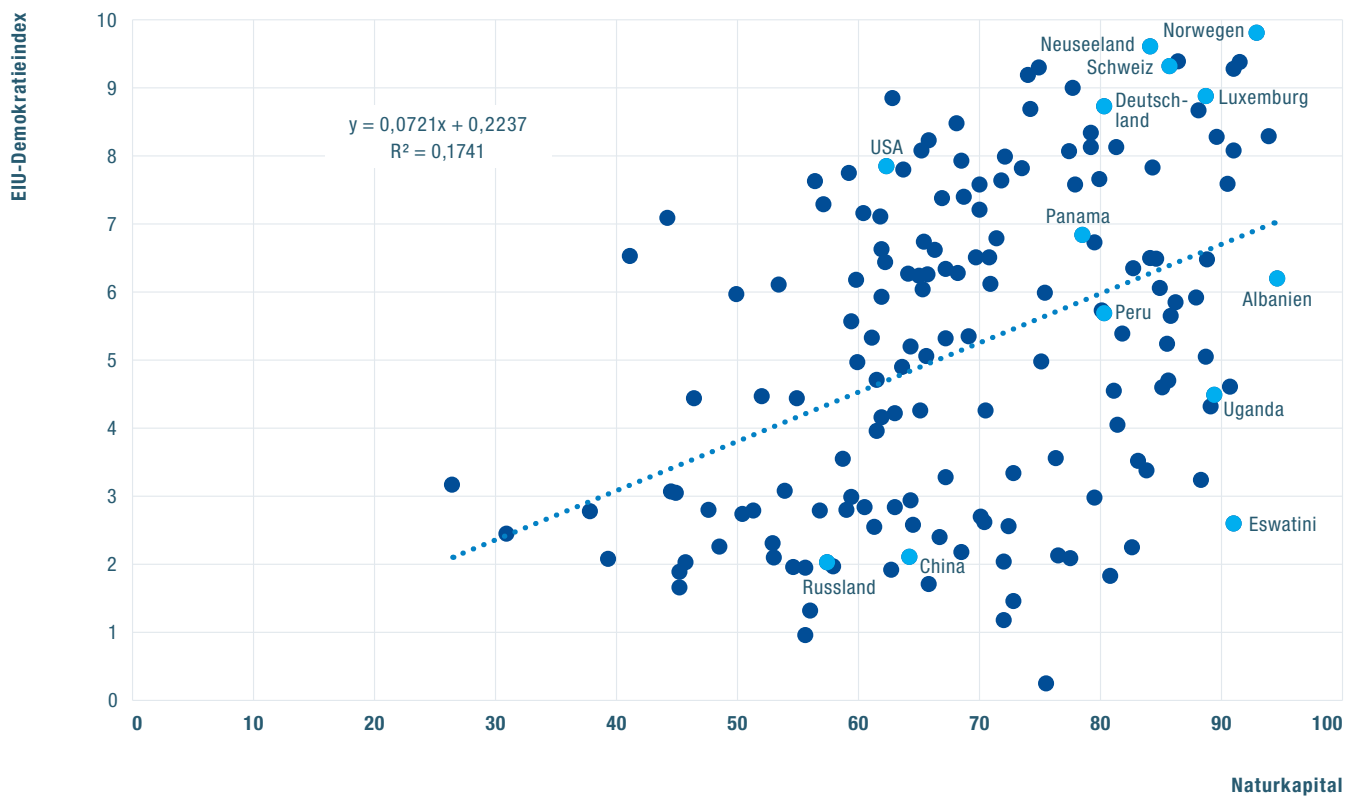
Demokratien verfügen prinzipiell über bessere Voraussetzungen, nachhaltige Umweltpolitik zu betreiben, da sie öffentliche Diskurse, wissenschaftliche Expertise und partizipative Entscheidungsverfahren institutionalisieren können (OECD, 2001). Allerdings zeigt die Forschung, dass dieses Potenzial häufig nicht ausgeschöpft wird (Pickering et al., 2022). Zugleich stehen sie unter dem Druck kurzfristiger Wahlzyklen und partikularer Interessen, was langfristige Investitionen in Naturkapital erschwert. Der Umgang mit Naturkapital wird so zum Testfall für die Lernfähigkeit und Zukunftsorientierung demokratischer Systeme. Der gesamte Naturkapitalindex korreliert allenfalls schwach mit dem Demokratieindex ($R^2 = 0,17$; $r = 0,41$), was explorativ darauf hindeutet, dass sich mit ökologischer Nachhaltigkeit schwerer Wahlen gewinnen lässt als mit ökonomischer



Demokratien verfügen prinzipiell über bessere Voraussetzungen, nachhaltige Umweltpolitik zu betreiben.



Abbildung 10

Zusammenhang zwischen Naturkapital und Demokratie

Quellen: Eigene Berechnungen; Ursprungsdaten: Economist Intelligence Unit, 2024; Energy Institute, 2025; IHME, 2025; Our World in Data, 2025

Performance (Abbildung 10). Zudem zeigt die Häufung der Indexwerte zwischen 40 und 90, dass die Variablen in den Ländern sehr unterschiedlich realisiert sind, sodass viele Staaten bei einer Variable niedrige und bei einer anderen hohe Werte erreichen.

Auf den ersten Plätzen liegen so unterschiedliche Länder wie die reichen Staaten Luxemburg, Schweiz, Deutschland, Norwegen und Neuseeland, aber auch Peru, Eswatini (bis 2018 Swasiland), Uganda, Panama und Albanien.

Kapitel 4

Demokratie und Kapital: Wechselseitige Abhängigkeiten

4.1 Kapitalarten als Voraussetzungen demokratischer Resilienz

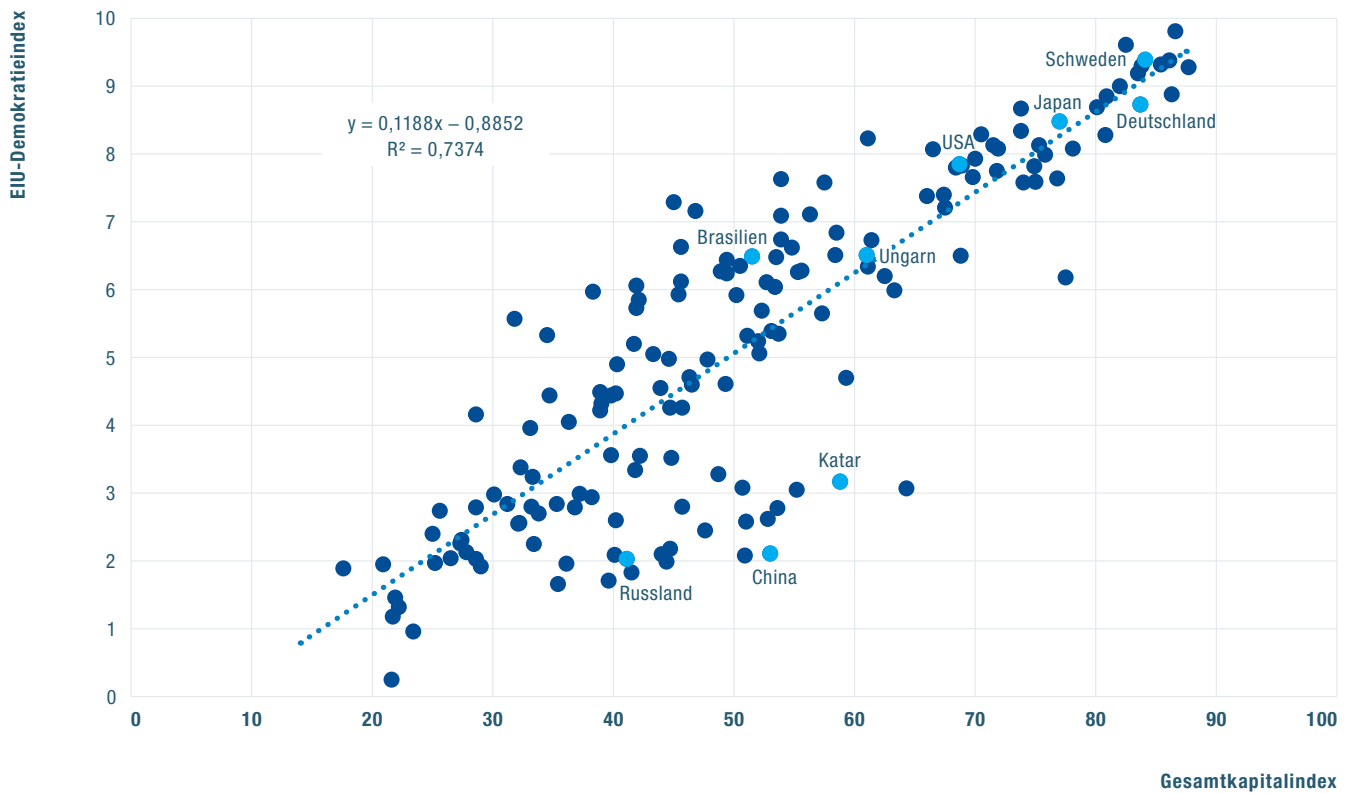
Demokratien sind – so die Eingangshypothese – auf ein Mindestniveau der Kapitalarten angewiesen, um funktionsfähig zu sein (Vorländer, 2017; 2026; Acemoğlu/Robinson, 2006).

- Ökonomisches Kapital und seine Besteuerung liefert die Ressourcen für öffentliche Güter und Umverteilung, was die Legitimität und Resilienz von Demokratie fördert.
- Eine Mindestausstattung an Humankapital wie Lesen, Rechnen und Schreiben ist für demokratische Teilhabe erforderlich, da Bürger andernfalls ihre Rolle als informierte Souveräne nicht wahrnehmen können und anfälliger für Demagogie und Desinformation werden (Glaeser/Ponzetto/Shleifer, 2007; Kyrychenko et al., 2025).
- Sozialkapital basiert auf dem Vertrauen in Mitmenschen und Institutionen. Geht es verloren, nehmen Polarisierung und Verschwörungsdenken zu, und für den Erhalt von Kooperation werden kostspielige Kontrollen und juristische Lösungen notwendig – die wiederum Vertrauen zersetzen können (Putnam, 1993; 2000; OECD, 2001; Mari et al., 2022).
- Ohne einen verlässlichen institutionellen Rahmen und eine Ausgewogenheit von »Checks and Balances«, wie sie beispielsweise in der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika festgeschrieben sind, können Autokraten ihre Macht dauerhaft festigen (Mayer/Weinacht, 2021).
- Kulturelles Kapital – insbesondere ein Mindestmaß an geteilten, gemeinsamen Werten – schafft den symbolischen Rahmen, in dem demokratische Konflikte zivil ausgetragen werden können (Vorländer, 2017; Inglehart/Welzel, 2005).
- Ohne Moralkapital und Reputation verlieren demokratische Institutionen ihre Glaubwürdigkeit. Korruption und Nepotismus delegitimieren das System (Fukuyama, 1995; Enste, 2026).
- Ohne Naturkapital drohen ökologische Schocks, die demokratische Entscheidungsverfahren überfordern und langfristig lähmen (Sachs et al., 2025).

Damit entsteht ein doppeltes Bedingungsverhältnis: Demokratische Ordnungen sind sowohl Produzenten als auch Nutznießer dieser Kapitalarten und von ihnen abhängig. Erosionen in einem Bereich können Rückwirkungen auf andere Bereiche haben und so kumulative Krisendynamiken auslösen (Inglehart/Welzel, 2005; Druckman, 2024; Enste/Funk/Klös, 2025).

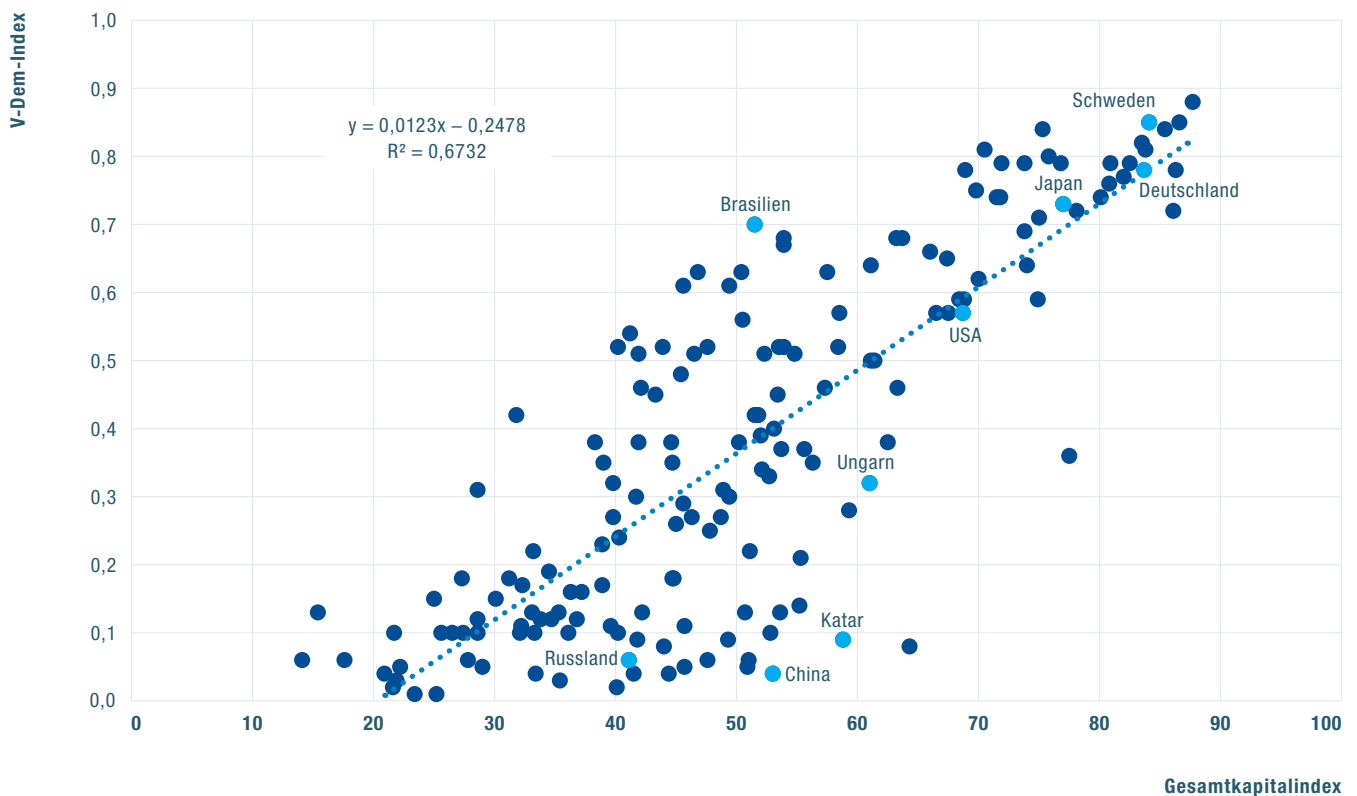
**Demokratische Ordnungen sind sowohl
Produzenten als auch Nutznießer der
Kapitalarten und von ihnen abhängig.**

Abbildung 11a

Zusammenhang zwischen Gesamtkapitalindex und EIU-Demokratieindex

Quellen: Eigene Berechnungen; Ursprungsdaten: Economist Intelligence Unit, 2024; UNDP, 2025; UNESCO World Heritage Centre, 2025; V-Dem-Institute, 2025; WHO, 2025; Weltbank, 2025; Fund for Peace, 2025; Transparency International, 2025; Heritage Foundation, 2025; Our World in Data, 2025; Energy Institute, 2025; IHME, 2025

Abbildung 11b

Zusammenhang zwischen Gesamtkapitalindex und V-Dem-Index

Quellen: Eigene Berechnungen; Ursprungsdaten: UNDP, 2025; UNESCO World Heritage Centre, 2025; V-Dem-Institute, 2025; WHO, 2025; Weltbank, 2025; Fund for Peace, 2025; Transparency International, 2025; Heritage Foundation, 2025; Our World in Data, 2025; Energy Institute, 2025; IHME, 2025

4.2 Korrelation von Demokratie und den sieben Arten von Kapital

Die Analyse der Korrelation zwischen dem Gesamtkapitalindex und den beiden hier zugrunde gelegten Demokratieindizes zeigt einen deutlich positiven Zusammenhang. Beim EIU-Demokratieindex liegt R^2 bei 0,74 ($r = 0,86$; Abbildung 11a), beim V-Dem-Index bei 0,67 ($r = 0,82$; Abbildung 11b). Länder mit höherem Gesamtkapitalindex weisen höhere Demokratiewerte auf. Da beide Indizes auf unterschiedlichen methodischen Ansätzen beruhen und dennoch zu sehr ähnlichen Ergebnissen führen, spricht dies dafür, dass der beobachtete Zusammenhang nicht von der Wahl eines bestimmten Demokratiemaßes abhängt. Dies stützt die Robustheit des erkennbaren Musters.

Politiken, die einseitig eine Kapitalart maximieren, können langfristig die Grundlagen demokratischer Stabilität aushöhlen.

4.3 Wechselwirkungen zwischen Kapitalarten und Demokratie

Die Kapitalarten stehen nicht additiv nebeneinander, sondern interagieren vielfältig miteinander:

- Höheres Humankapital kann Sozial- und Moralkapital stärken, indem es Einsicht in komplexe, normative Zusammenhänge erleichtert (Glaeser/Ponzetto/Shleifer, 2007; Österman, 2021).
- Ökonomisches Kapital kann die Bildung von Humankapital finanzieren, bei extremer Ungleichheit Sozialkapital und Moralkapital aber auch unterminieren (Acemoğlu/Robinson, 2006; Bienstman, 2023).
- Kulturelles Kapital kann demokratische Diskurse bereichern, aber auch exklusive Milieus formen, die andere ausschließen (Bourdieu, 1987).

- Naturkapital schafft Räume für Erholung und Reflexion und trägt zugleich als Ressource für Wachstum und Wohlstand zum ökonomischen Kapital bei.

Demokratien müssen deshalb nicht nur auf das Niveau, sondern auch auf die Balance der Kapitalarten achten. Politiken, die einseitig eine Kapitalart maximieren – etwa kurzfristiges ökonomisches Wachstum auf Kosten von Naturkapital oder sozialem Zusammenhalt –, können langfristig die Grundlagen demokratischer Stabilität aushöhlen (Sachs et al., 2025; Inglehart/Welzel, 2005; Goldschmidt et al., 2025).

Die wechselseitige Abhängigkeit von Demokratie und Kapitalarten unterliegt zudem Pfadabhängigkeiten – Situationen, in denen frühere Entscheidungen zukünftige Handlungsspielräume verringern. Und sie kann durch Evolutionsblockaden beeinträchtigt werden (North, 1990; Kirsch, 1997; Enste, 2002). Bestehende Institutionen prägen Wahrnehmung, Wissensbestände und Erwartungshorizonte der Akteure derart, dass auch ineffiziente oder normativ problematische Ordnungen lange stabil bleiben können. Für das hier verwendete Sieben-Kapitalarten-Modell folgt daraus: Entscheidend ist nicht nur das Niveau, sondern auch die Anpassungsfähigkeit der Kapitalarten und der Wandel der sie tragenden Institutionen. Demokratien, denen es gelingt, institutionelle Blockaden zu überwinden, Regeln an informelle Normen und neue Problemlagen anzupassen und den Wettbewerb von Ordnungen zuzulassen, haben bessere Chancen, Erosionen von Moralkapital, Sozialkapital oder Naturkapital zu begrenzen und langfristig stabile, resiliente Kapitalprofile aufzubauen (Eucken, 1952; Hayek, 1975; Enste, 2002). Gerade der Blick über das ökonomische Kapital hinaus eröffnet dabei Ansatzpunkte für die Stärkung von Demokratien.

Wenn auch andere Stärken als nur die ökonomische Power wertgeschätzt werden, können sowohl Staaten als auch Individuen gelassener und optimistischer mit epochalen Veränderungen umgehen. Verluste oder Umbrüche in einem Bereich erschüttern dann weniger, weil andere Kapitalarten zur Resilienz beitragen. Dies kann über verschiedene Pfade geschehen, zum Beispiel über höhere Lebenszufriedenheit und ein geringeres Ungerechtig-

keitsempfinden. Stärken und Schwächen von Ländern werden so auf einer breiteren Basis als nur nach ihrer der ökonomischen Entwicklung beurteilt. Außerdem wird so anschaulicher, wo Ansatzpunkte für die Stärkung der Resilienz von Demokratie liegen.

Korrelationen lassen sich allerdings auch in die andere Richtung interpretieren: Demokratien fördern ihrerseits die Akkumulation der hier betrachteten Arten von Kapital und tragen so zu breiter Wohlfahrt bei. Das hier entwickelte Modell der sieben Kapitalarten ist somit kein Bruch mit etablierten Demokratietheorien, sondern eine systematisierende Erweiterung aus ökonomischer und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Es integriert:

- ökonomische Ansätze, die auf die Bedeutung materieller Ressourcen und Verteilungskonflikte für Demokratieentstehung und -stabilität hinweisen (Acemoğlu/Robinson, 2006; Bienstman et al., 2024),

- modernisierungstheoretische und kulturelle Ansätze, die die Rolle von Bildung, Werten und kulturellem Wandel betonen (Inglehart/Welzel, 2005; Inglehart, 2018),
- sozialkapitaltheoretische Ansätze, die Vertrauen, Netzwerke und Zivilgesellschaft ins Zentrum rücken (Putnam, 1993; 2000; Fukuyama, 1995; Lorch/Mauk, 2025).

Indem diese Stränge unter einem erweiterten Kapitalbegriff gebündelt werden, entsteht ein heuristischer Rahmen, der sowohl theoretische als auch empirische Analysen strukturieren kann (Bourdieu, 1986; OECD, 2001). Dieser erlaubt es, unterschiedliche Demokratiedimensionen – Institutionen, Kultur, Ökonomie, Ökologie, Sinnressourcen – in einem gemeinsamen Raster zu verorten, ohne ihre jeweilige Eigenlogik zu negieren (Enste/Funk/Klös, 2025). Die demokratietheoretische Forschung wird dadurch ergänzt und um eine neue Perspektive erweitert.

Kapitel 5

Handlungsempfehlungen

5.1 Makroebene: Ordnungspolitische Rahmensetzung

Gelingende Demokratien entstehen nicht durch einen einmaligen Verfassungsakt, sondern durch einen fortlaufenden Prozess des institutionellen Lernens und der Anpassung. Staatliche Akteure sind deshalb aufgerufen, die sieben Kapitalarten nicht isoliert, sondern in ihrem wechselseitigen Zusammenhang zu betrachten. Denn Erosionen in einem Bereich können kumulative Krisendynamiken auslösen, die das gesamte demokratische Gefüge destabilisieren (Inglehart/Welzel 2005; Enste/Funk/Klôs 2025; Hüther/Enste/Potthoff, 2023).

»
Verteilungspolitische Konflikte und ausgeprägte Ungleichheit nähren populistische und antidemokratische Bewegungen.

Ökonomisches Kapital stärken, ohne soziale Kohäsion zu opfern: Die empirischen Befunde zeigen, dass ein höheres BIP pro Kopf zwar mit demokratischer Stabilität korreliert, dieser Zusammenhang jedoch weder linear noch kausal ist. Autokratisch regierte Rohstoffstaaten wie Katar oder Saudi-Arabien illustrieren eindrücklich, dass materieller Wohlstand ohne inklusive Institutionen nicht automatisch zu Demokratisierung führt.

Wirtschaftspolitisch folgt daraus: Wachstumsstrategien müssen von Verteilungsmechanismen flankiert werden, die materielle Existenz-

ängste und das subjektive Empfinden, im Vergleich zu anderen Personen oder Gruppen benachteiligt zu sein, abfedern. Denn verteilungspolitische Konflikte und ausgeprägte Ungleichheit nähren populistische und antidemokratische Bewegungen. Eine Sozialpolitik, die auf ein konstitutionell verankertes Mindestmaß sozialer Sicherung setzt – im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft nach Eucken und Hayek –, ist daher keine Wohlfahrtsstaatsdebatte, sondern eine Investition in die demokratische Resilienz (Goldschmidt et al., 2025).

Institutionelles Kapital durch Entbürokratisierung und Verfahrensgerechtigkeit aufbauen: Demokratien verlieren ihre Unterstützung, wenn Bürgerinnen und Bürger den Staat als ineffizient, intransparent oder ungerecht wahrnehmen. Im Sinne Hirschmans (1970) weichen sie dann auf die »Exit-Option« aus: in die Schattenwirtschaft, ins Ausland oder – politisch – in den Extremismus (Kutlay/Öniş, 2024).

Eine rationale Ordnungspolitik sollte deshalb darauf abzielen, Anreize für destruktive »Exit-Optionen« durch einfachere, kohärente und als fair wahrgenommene Regeln zu verringern – also konkret durch konsequenten Bürokratieabbau, verständliche Steuerstrukturen und schnelle Verwaltungsverfahren. Zudem ist die »Voice-Option« auszubauen durch mehr Elemente direkter Demokratie, transparente Entscheidungsprozesse und verlässliche Rechtswege. Normbrüche und informelle Praktiken sollten nicht reflexartig repressiv bekämpft, sondern als Signale einer überforderten Formalordnung ernst genommen werden und gegebenenfalls Reformen anstoßen. Inklusivere Institutionen, die wirtschaftliche und politische Machtkonzentration verhindern, schaffen ein

passant auch mehr ökonomisches Kapital und Sozialkapital, wie die Analysen mit weltweiten Governance-Indikatoren zeigen (Acemoğlu/Johnson/Robinson, 2001).

Naturkapital und Generationengerechtigkeit institutionell verankern: Die demokratietheoretische Forschung hat Nachhaltigkeit lange vernachlässigt. Der Wettbewerb der Parteien um Wählerstimmen führt zu einer strukturellen Bevorzugung kurzfristiger Interessen gegenüber langfristiger Zukunftssicherung und damit zu einer Lastenabwälzung auf künftige Generationen. Die schwache Korrelation zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und dem Demokratieindex kann explorativ darauf hindeuten, dass ökologische Zukunftssicherung derzeit kaum Wahlen gewinnt.

Umso wichtiger sind institutionelle Schutzmechanismen, etwa unabhängige Schuldenbremsen, politisch unabhängige Institutionen (wie die Europäische Zentralbank), Nachhaltigkeitsräte mit Ombudsmann-Funktion für künftige Generationen oder Verfassungsartikel, die Generationengerechtigkeit als staatliche Pflicht verankern. Demokratien verfügen prinzipiell über bessere Voraussetzungen für nachhaltige Umweltpolitik, weil sie öffentliche Diskurse und wissenschaftliche Expertise institutionalisieren können – sofern diese Potenziale nicht durch die Kurzfristlogiken des politischen Wettbewerbs unterlaufen werden (Boston, 2016).

5.2 Mesebene: Zivilgesellschaft, Unternehmen und Schulen

Zwischen staatlichen Rahmenstrukturen und dem einzelnen Bürger entfalten sich jene Institutionen, die als eigentliches Rückgrat demokratischer Gesellschaften fungieren: Unternehmen, Schulen, Hochschulen, Vereine, Religionsgemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie produzieren und reproduzieren jene Kapitalarten – vor allem Sozial-, Human-, Kultur- und Moralkapital –, die keine staatliche Politik verordnen kann.

Unternehmen als demokratische Akteure begreifen und positionieren: Gesellschaftspolitische Spannungen haben längst auch die Betriebe erreicht: Nach Diermeier/Doliesen/

Der Wettbewerb um Wählerstimmen führt zu einer strukturellen Bevorzugung kurzfristiger Interessen gegenüber langfristiger Zukunftssicherung.

Hammermann (2026) führen gesellschaftliche Konflikte in 95 Prozent der Unternehmen zu internen Debatten; 80 Prozent der Beschäftigten erleben solche Gespräche am Arbeitsplatz, besonders intensiv in der Produktion.

Unternehmen, die eine wertebasierte Unternehmenskultur pflegen, die verschiedene Kapitalarten adressiert – also Vertrauen aufbaut (Sozialkapital), in Bildung investiert (Humankapital), ethisches Handeln prämiiert (Moralkapital) und Sinnstiftung ermöglicht –, sind besser in der Lage, gesellschaftspolitische Themen konstruktiv zu diskutieren. Viele Unternehmen setzen bereits auf Maßnahmen wie Teambuilding, Verhaltenskodizes oder Anlaufstellen, um Konflikte frühzeitig zu entschärfen und Ausgrenzung zu vermeiden. Führungskräften kommt dabei eine besondere Funktion zu – rund 26 Prozent der jungen Mitarbeitenden wünschen sich ein stärkeres Eingreifen ihrer Führungskraft, um Spannungen vorzubeugen oder diese beizulegen. Extremismus in Deutschland zu vermeiden und die Demokratie zu verteidigen ist insofern auch eine Aufgabe von Unternehmen. Sie können im Betrieb Räume schaffen, in denen auch politisch aufgeladene Themen und vermeintlich

Extremismus in Deutschland zu vermeiden und die Demokratie zu verteidigen ist auch eine Aufgabe von Unternehmen.

einfache Lösungen offen diskutiert werden können. Dies ist umso wichtiger, wenn Menschen sich ansonsten nur noch in ihren (digitalen) Echoräumen informieren – also in digitalen »Blasen«, die nur ihre eigene Meinung wiedergeben (Nußbaum/Potthoff, 2024).

Nach außen sollten sich Unternehmen – bei allen Unzulänglichkeiten demokratischer Prozesse und Frust über langsame Reformen – ebenfalls klar zur Demokratie bekennen. Diese Studie liefert mit ihrem kapitalbasierten Ansatz zusätzliche Gründe dafür, warum gerade auch Betriebe sich zu diesem Thema klar positionieren sollten. Demokratie und Kapitalreichtum – in allen seinen Formen – gehen Hand in Hand.

Sozialkapital durch Zivilgesellschaft und pluralistische Organisationen stärken:

Putnams Befunde aus Italien (1993) und den USA (2000) gelten unverändert: Hohe Bestände an generalisiertem Vertrauen und aktive zivilgesellschaftliche Netzwerke korrelieren mit besserer Regierungsleistung und geringerer Korruptionsanfälligkeit. Da der gesellschaftliche Zusammenhalt die demokratische Qualität zu einem großen Teil mitbestimmt, sind Investitionen in freiwillige Vereinigungen, Nachbarschaftsinitiativen, Sport- und Kulturvereine keine sentimentale Romantik, sondern ein Engagement für eine demokratiefunktionale Infrastruktur.

»
Wenn Zukunft nur noch als Bedrohungsraum wahrgenommen wird, leiden psychische Stabilität und politisches Engagement.
«

Organisationen der Zivilgesellschaft sollten staatlich gefördert, aber nicht vereinnahmt werden. Sie brauchen ausreichend Autonomie, um als kritisches Korrektiv zu funktionieren (Goldschmidt et al., 2025). Gerade in Zeiten, in denen Menschen sich zunehmend in digitale Echokammern zurückziehen, sind Orte des direkten Austauschs unverzichtbar, damit Konflikte zivil und auf Basis geteilter Spielregeln ausgetragen werden.

Bildungsinstitutionen als Humankapital- und Demokratieschulen weiterentwickeln:

Die Korrelation zwischen Bildungsjahren und Demokratiequalität (vgl. Abbildung 6, S. 17) ist kein Zufall. Bildung vermittelt kognitive

Fähigkeiten zur Informationsverarbeitung und kritischen Reflexion politischer Angebote, fördert soziales Lernen sowie Kooperationsbereitschaft und erhöht die wahrgenommenen Kosten autoritärer Herrschaft (Glaeser/Ponzetto/Shleifer, 2007; Österman, 2021).

Schulen und Hochschulen sollten deshalb politische Bildung nicht als einzelnes Pflichtfach begreifen, sondern als durchgehende Querschnittsaufgabe verankern – von der Grundschule bis zur Berufsausbildung. Zugleich gilt es, kulturelles Kapital nicht als Privileg einer akademischen Elite zu reproduzieren, sondern breit zugänglich zu machen. Denn exklusive kulturelle Milieus können gesellschaftliche Spaltungen vertiefen und so das demokratische Fundament untergraben (Bourdieu, 1987).

5.3 Mikroebene:

Bürgerinnen und Bürger als Kapitalproduzenten

Demokratien sind darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger zu jenen Kapitalarten beitragen, die das System tragen. Im Sinne des methodologischen Individualismus entstehen und zerfallen alle sieben Kapitalarten durch das Handeln von Individuen, sei es konstruktiv durch Engagement, Vertrauen und Bildung, oder destruktiv durch Apathie, Misstrauen und die Flucht in Echokammern (Enste, 2026).

Psychische Resilienz als demokratische Ressource kultivieren:

Das Gefühl der Machtlosigkeit angesichts eines sich beschleunigenden Weltgeschehens ist eine der tiefsten Gefährdungen demokratischer Kulturen (Tagay, 2026). Wenn Zukunft nur noch als Bedrohungsraum wahrgenommen wird und sich Krisen als Abfolge von Kontrollverlust anfühlen, leiden psychische Stabilität und politisches Engagement.

Individuen sind deshalb aufgerufen, ihre eigene psychologische Widerstandskraft aktiv zu entwickeln (Brooks, 2026): durch sinnstiftende Tätigkeiten, spirituelle oder religiöse Praxis sowie durch das bewusste Kultivieren von Hoffnung – Ressourcen, die unter dem Begriff des spirituellen Kapitals in der Wirtschaftsethik zunehmend Beachtung finden (Enste, 2026).

Wer seine eigene Regulationsfähigkeit stärkt, schützt nicht nur sich selbst, sondern trägt aktiv zur demokratischen Kultur bei.

Vertrauen als Alltagspraktik und Investition begreifen: Generalisiertes Vertrauen in Mitmenschen ist in Deutschland geringer ausgeprägt als in skandinavischen Ländern und manchen außereuropäischen Gesellschaften. Dabei ist Vertrauen das Fundament nicht nur für mehr Lebenszufriedenheit, sondern auch für höheres Einkommen und bessere Gesundheit. Längsschnittstudien belegen diesen kausalen Zusammenhang in (fast) allen Ländern (Stavrova/Ehlebracht, 2015). Vertrauen ist somit kein naiver Idealismus, sondern eine rationale Investition – in soziales Kapital ebenso wie in persönliches Wohlbefinden.

Im Alltag bedeutet dies, Populismus zu hinterfragen, den Dialog mit Andersdenkenden zu suchen, Informationsquellen bewusst zu diversifizieren und digitale Echokammern aktiv zu vermeiden. Misstrauen und Ressentiment mögen kurzfristig psychologisch entlastend wirken, erzeugen aber mittel- und langfristig jene Polarisierung, die demokratische Systeme von innen aushöhlt.

Bürgerschaftliches Engagement als Moral-kapital verstehen und leben: Eine gewisse Tugendhaftigkeit und bürgerschaftliches Engagement sind Voraussetzungen, die der Staat

Die Pflege und Akkumulation der sieben Arten von Kapital sind auf individueller Ebene die Grundlage für ein gelingendes Leben.

selbst nicht schaffen kann – er kann durch inklusive Institutionen allenfalls Rahmenbedingungen dafür bieten (Enste/Funk/Klös 2025). Auf individueller Ebene bedeutet dies, die »Voice-Option« konsequent zu nutzen: wählen gehen, sich in Parteien, Initiativen oder Verbänden einbringen, Verantwortung in Ehrenämtern übernehmen und lokale Gemeinschaften mitgestalten.

Dabei mag es helfen sich Folgendes klarzumachen: Es geht der Menschheit im Durchschnitt womöglich besser, als vielfach berichtet und wahrgenommen wird. Und frühere Generationen hatten es trotz der aktuellen Herausforderungen nicht leichter als die heutige. Diese Perspektive ist keine naive Schönfärberei, sondern die Grundlage für jenes konstruktive Engagement, das Demokratien brauchen, um Aufwärtsspiralen anstelle von Abwärtsspiralen zu erzeugen. Denn: Die Pflege und Akkumulation der sieben Arten von Kapital sind nicht nur Ressourcen für gelingende Demokratien, sondern – auf individueller Ebene – zugleich die Grundlage für ein gelingendes Leben.

Literatur

- Acemoğlu, Daron / Robinson, James A.**, 2000, Why Did the West Extend the Franchise? Democracy, Inequality, and Growth in Historical Perspective, in: Quarterly Journal of Economics, Jg. 115, Nr. 4, S. 1167–1199
- Acemoğlu, Daron / Johnson, Simon / Robinson, James A.**, 2001, The Colonial Origins of Comparative Development: An Empirical Investigation, in: American Economic Review, Jg. 91, Nr. 5, S. 1369–1401
- Acemoğlu, Daron / Robinson, James A.**, 2006, Economic Origins of Dictatorship and Democracy, Cambridge
- Acemoğlu, Daron / Robinson, James A.**, 2012, Why Nations Fail. The Origins of Power, Prosperity, and Poverty, New York
- Acemoğlu, Daron / Naidu, Suresh / Restrepo, Pascual / Robinson, James A.**, 2019, Democracy Does Cause Growth, in: Journal of Political Economy, Jg. 127, Nr. 1, S. 47–100
- Alm, James / Torgler, Benno**, 2006, Culture Differences and Tax Morale in the United States and in Europe, in: Journal of Economic Psychology, Jg. 27, Nr. 2, S. 224–246
- Baurmann, Michael**, 1996, Der Markt der Tugend. Recht und Moral in der liberalen Gesellschaft. Eine soziologische Untersuchung, Tübingen
- Betz, Hans-Georg / Oswald, Michael**, 2022, Emotional Mobilization: The Affective Underpinnings of Right-Wing Populist Party Support, in: Oswald, Michael (Hrsg.), The Palgrave Handbook of Populism, Cham, S. 115–144
- Bienstman, Simon**, 2023, Does inequality erode political trust?, in: Frontiers in Political Science, Jg. 5, <https://doi.org/10.3389/fpos.2023.1197317> [14.7.2026]
- Bienstman, Simon / Hense, Svenja / Gangl, Markus**, 2024, Explaining the »democratic malaise« in unequal societies: Inequality, external efficacy and political trust, in: European Journal of Political Research, Jg. 63, Nr. 1, S. 172–191
- Blankart, Charles B.**, 1998, Politische Ökonomie der Zentralisierung der Staatstätigkeit, Berlin
- Blumenberg, Hans**, 1986, Lebenszeit und Weltzeit, Frankfurt am Main
- Bourdieu, Pierre**, 1986, The Forms of Capital, in: Richardson, J. (Hrsg.), Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education, New York, S. 241–258
- Bourdieu, Pierre**, 1987, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main
- Boston, Jonathan**, 2016, Governing for the Future: Designing Democratic Institutions for a Better Tomorrow, Bingley
- Brooks, Arthur C.**, 2026, The Meaning of Your Life: Finding Purpose in an Age of Emptiness, New York
- Brown, David S.**, 2017, Do Democracies Provide Better Education? Revisiting the Democracy–Human Capital Link, in: World Development, Jg. 94, S. 186–199
- Coman, Ramona / Brack, Nathalie**, 2025, Dissensus over liberal democracy. Concept-building and typology, in: European Political Science, Jg. 24, Nr. 3, S. 417–437
- Croissant, Aurel / Lott, Lars**, 2025, Democratic Resilience in the Twenty-First Century. Search for an analytical framework and explorative analysis, in: Political Studies, <https://doi.org/10.1177/00323217251345779> [6.5.2026]

- Diermeier**, Matthias / **Doliesen**, Konrad / **Hammermann**, Andrea, 2026, Gesellschaftspolitische Spannungen am Arbeitsplatz, IW-Report, Nr. 14, Köln
- Druckman**, James N., 2024, How to study democratic backsliding, in: Political Psychology, Jg. 45, Nr. 1, S. 3–42
- Dryzek**, John S., 2010, Foundations and Frontiers of Deliberative Governance, Oxford
- Economist Intelligence Unit**, 2024, Democracy Index 2024, <https://www.eiu.com> [16.4.2026]
- Energy Institute**, 2025, Statistical Review of World Energy, Share of primary energy consumption that comes from low-carbon sources, <https://ourworldindata.org/grapher/low-carbon-share-energy> [2.7.2026]
- Enste**, Dominik H., 2002, Schattenwirtschaft und institutioneller Wandel: Eine soziologische, sozialpsychologische und ökonomische Analyse, Tübingen
- Enste**, Dominik H., 2025, Die ultimative Glücksformel. Kapital macht glücklich!, in: Raffelhüschen, Bernd / Renz, Thomas (Hrsg.), SKL Glücksatlas 2025, München, S. 13–16
- Enste**, Dominik H., 2026, »Spirituelles Kapital«. Zur Bedeutung von Glauben, Lieben und Hoffen in der Wirtschaftsethik, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, Jg. 27, Nr. 1, S. 44–47
- Enste**, Dominik H. / **Eyerund**, Theresa / **Suling**, Lena / **Tschörner**, Anna, 2019, Glück für Alle? Eine interdisziplinäre Bilanz zur Lebenszufriedenheit, Berlin
- Enste**, Dominik H. / **Funk**, Lothar / **Klös**, Hans-Peter (Hrsg.), 2025, Wirtschaft und Evolution. Institutionen, liberale Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung, Stuttgart
- Enste**, Dominik H. / **Schwarz**, Inga / **Suling**, Lena, 2020, Vertrauen in Mitmenschen lohnt sich. Ursachen und Konsequenzen von Vertrauen auf der Individualebene, IW-Report, Nr. 51, Köln
- Eucken**, Walter, 1952, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen
- Eurostat / OECD / IMF / World Bank**, 2026, GDP per capita, bereitgestellt über: Our World in Data, <https://ourworldindata.org/grapher/gdp-per-capita-worldbank> [14.7.2026]
- Fetchenhauer**, Detlef / **Enste**, Dominik H., 2012, Vom Schlechten des Guten. Warum wir nicht zum Glücksein geboren sind, RHI-Diskussion, Nr. 19, München
- Foa**, Roberto. S. / **Klassen**, Andrew / **Wenger**, Daniella / **Rand**, Alex / **Slade**, Micheal, 2020, Youth and satisfaction with democracy: Reversing the democratic disconnect?, Centre for the Future of Democracy, Cambridge
- Foa**, Roberto S. / **Mounk**, Yasha, 2017, The Signs of Democratic Deconsolidation, in: Journal of Democracy, Jg. 28, Nr. 1, S. 5–15
- Fukuyama**, Francis, 1995, Trust. The Social Virtues and the Creation of Prosperity, New York
- Fund for Peace**, 2025, Fragile States Index – Indicators, <https://fragilestatesindex.org/indicators/> [16.4.2026]
- Gabel**, Rebecca / **Potthoff**, Jennifer, 2025, Vertrauenskrise in Deutschland? Ein europäischer Vergleich und Wege zu neuer Stabilität, IW Policy Paper, Nr. 9, Köln
- Glaeser**, Edward L. / **Ponzetto**, Giacomo A. M. / **Shleifer**, Andrei, 2007, Why Does Democracy Need Education?, in: Journal of Economic Growth, Jg. 12, Nr. 2, S. 77–99
- Goldschmidt**, Nils / **May**, Marius / **Simon**, Theo B. / **Enste**, Dominik H., 2025, Wie Gesellschaften gelingen. Warum wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftlicher Zusammenhalt Gerechtigkeit befördern, RHI-Studie, Nr. 42, München
- Habermas**, Jürgen, 1992, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main

Happy Planet Index, 2026, <https://happyplanetindex.org> [6.5.2026]

Hayek, Friedrich A. von, 1975, Die Anmaßung von Wissen, in: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 26, S. 12–21

Helliwell, John F. / **Layard**, Richard / **Sachs**, Jeffrey D. / **De Neve**, Jan-Emmanuel / **Aknin**, Lara B. / **Wang**, Shun (Hrsg.), 2026, World Happiness Report 2026, Oxford

Heritage Foundation, 2025, Index of Economic Freedom – All Country Scores, <https://economicfreedom.heritage.org/pages/all-country-scores> [4.5.2026]

Herre, Bastian, 2026, Democracy data: how sources differ and when to use which one, <https://ourworldindata.org/democracies-measurement> [1.7.2026]

Herzog, Roman, 2008, Herzog warnt vor einer Rentner-Demokratie, <https://www.welt.de/politik/article1890924/Alt-Bundespraesident-Herzog-warnt-vor-einer-Rentner-Demokratie.html> [1.7.2026]

Hirschman, Albert O., 1970, Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States, Cambridge, MA

Hübl, Philipp, 2024, Moralspektakel, München

Hüther, Michael / **Enste**, Dominik H. / **Potthoff**, Jennifer, 2023, Wie resilient ist die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich? Zur Widerstandsfähigkeit von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Transformation, RHI-Studie, Nr. 37, München

Huntington, Samuel P., 1991, The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century, Oklahoma

Huysentruyt, Marieke / **Gutiérrez M.**, María de los Ángeles / **Algan**, Yann, 2025, Bridging Social Capital and Trust: A Research Agenda, HEC Paris S&O Institute, Paris

IHME – Institute for Health Metrics and Evaluation (Hrsg.), 2025, Global Burden of Disease Study 2023 (GBD 2023), Air Pollution Exposure Estimates and Risk Curves 1990–2023, Global Burden of Disease Collaborative Network, Seattle

Inglehart, Ronald / **Welzel**, Christian, 2005, Modernization, Cultural Change, and Democracy, Cambridge

Inglehart, Ronald F., 2018, Cultural Evolution. People's Motivations are Changing, and Reshaping the World, Cambridge

Justino, Patricia / **Samarin**, Melissa, 2024, Trust in a Changing World. Social Cohesion and the Social Contract in Uncertain Times, UN DESA/UNU-WIDER (Hrsg.), World Social Report 2025, Thematic Paper, Nr. 2, Helsinki

Kaufmann, Daniel / **Kraay**, Aart / **Mastruzzi**, Massimo, 2010, The Worldwide Governance Indicators: Methodology and Analytical Issues, World Bank Policy Research Working Paper, No. 5430, Washington, D.C.

Kim, Yeaji, 2025, Education and Democratic Consolidation: A Report on Early Results, in: Political Studies Review, Jg. 23, Nr. 2, S. 559–568

Kirsch, Guy, 1997, Neue Politische Ökonomie, 4. Aufl., Düsseldorf

Kołczyńska, Marta / **Bürkner**, Paul-Christian, 2026, Does political trust strengthen democracy? A cross-national longitudinal analysis, in: International Political Science Review, <https://doi.org/10.1177/01925121251405191> [16.6.2026]

Kutlay, Mustafa / **Öniş**, Ziya, 2024, Governance crises and resilience of authoritarian populism: 2023 Turkish elections from the perspective of Hirschman's »exit, voice, and loyalty«, in: Southeast European and Black Sea Studies, Jg. 24, Nr. 2, S. 383–403

Kudrnáč, Aleš / **Davenport**, Alexander, 2025, Education and democratic orientations: unpacking the role of level, field, and generational influence, in: *Democratization*, <https://doi.org/10.1080/13510347.2025.2532669> [30.4.2026]

Kyrychenko, Yara / **Koo**, Hyunjin J. / **Maertens**, Rakoén / **Roozenbeek**, Jon / **van der Linden**, Sander / **Götz**, Friedrich M., 2025, Profiling misinformation susceptibility, in: *Personality and Individual Differences*, Jg. 241

Lamont, Michèle, 2000, *The Dignity of Working Men: Morality and the Boundaries of Race, Class, and Immigration*, New York

Lamont, Michèle / **Lareau**, Annette, 1988, Cultural Capital: Allusions, Gaps and Glissandos in Recent Theoretical Developments, in: *Sociological Theory*, Jg. 6, Nr. 2, S. 153–168

Lorch, Jasmin / **Mauk**, Marlene, 2025, Civil society, public support, and democratic recession in India, Indonesia, and the Philippines, in: *Democratization*, Jg. 32, Nr. 8, S. 1851–1879

Lührmann, Anna / **Lindberg**, Staffan I., 2019, A third wave of autocratization is here: what is new about it?, in: *Democratization*, Jg. 26, Nr. 7, S. 1095–1113

Mayer, Tilman / **Weinacht**, Paul-Ludwig (Hrsg.), 2021, *Gewaltenteilung. Grundsätzliches – Historisches – Aktuelles*, Stuttgart

Mari, Silvia / **Gil de Zúñiga**, Homero / **Suerdem**, Ahmet / **Hanke**, Katja / **Brown**, Gary / **Vilar**, Roosevelt / **Boer**, Diana / **Bilewicz**, Michał, 2022, Conspiracy Theories and Institutional Trust: Examining the Role of Uncertainty Avoidance and Active Social Media Use, in: *Political Psychology*, Jg. 43, Nr. 2, S. 277–296

Matthes, Jürgen, 2025, Wandel durch Handel galt früher – und nun?, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/freihandel/geoökonomie/562538/wandel-durch-handel-galt-frueher-und-nun/> [20.4.2026]

Merkel, Wolfgang, 2004, Embedded and Defective Democracies, in: *Democratization*, Jg. 11, Nr. 5, S. 33–58

Mungiu-Pippidi, Alina, 2015, *The Quest for Good Governance: How Societies Develop Control of Corruption*, Cambridge

Nord, Marina / **Altman**, David / **Angiolillo**, Fabio / **Fernandes**, Tiago / **Good God**, Ana / **Lindberg**, Staffan I., 2025, *Democracy Report 2025. 25 Years of Autocratization – Democracy Trumped?*, V-Dem-Institute/University of Gothenburg (Hrsg.), Göteborg

North, Douglas C., 1990, *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge

Norris, Pippa / **Inglehart**, Ronald, 2019, *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge

Nußbaum, Chiara / **Potthoff**, Jennifer, 2024, *Influencer – Macht, Marketing und Manipulation. Eine verhaltensethische Analyse der Akteure im Social Media*, IW-Report, Nr. 43, Köln

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2001, *The Well-being of Nations. The Role of Human and Social Capital*, Paris

Our World in Data, 2025, Datensätze zu Demokratie, Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft (Liberal Democracy Index, Democracy Index, Academic Freedom Index, Average/Expected Years of Schooling, Per capita greenhouse gas emissions, Share of electricity production from renewables, Death rate from air pollution, GDP per capita, Self-reported trust attitudes), <https://ourworldindata.org/> [5.4.2026]

Österman, Marcus, 2021, Can We Trust Education for Fostering Trust? Quasi-experimental Evidence on the Effect of Education and Tracking on Social Trust, in: *Social Indicators Research*, Jg. 154, S. 211–233

Ostrom, Elinor, 1990, *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action*, Cambridge

Paglayan, Agustina S., 2021, The Non-Democratic Roots of Mass Education: Evidence from 200 Years, in: American Political Science Review, Jg. 115, Nr. 1, S. 179–198

Pickering, Jonathan / **Hickmann**, Thomas / **Bäckstrand**, Karin / **Kalfagianni**, Agni / **Bloomfield**, Michael / **Mert**, Ayşem / **Ransan-Cooper**, Hedda / **Lo**, Alex Y., 2022, Democratising sustainability transformations: Assessing the transformative potential of democratic practices in environmental governance, in: Earth System Governance, Jg. 11, <https://doi.org/10.1016/j.esg.2021.100131>

Pinker, Steven, 2018, Aufklärung jetzt. Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt. Eine Verteidigung, Frankfurt am Main

Polivtseva, Elena, 2026, Between Rhetoric and Reality: Cultural Rights, Artistic Freedom, and Democratic Resilience, <https://www.ietm.org/en/resources/reports/between-rhetoric-and-reality-cultural-rights-artistic-freedom-and-democratic> [6.5.2026]

Putnam, Robert D., 1993, Making Democracy Work, Princeton, NJ

Putnam, Robert D., 2000, Bowling Alone, New York

Rau, Eli G. / **Stokes**, Susan C., 2025, Income inequality and the erosion of democracy in the twenty-first century, in: Proceedings of the National Academy of Sciences, Jg. 122, Nr. 1

Reay, Diane, 2017, Miseducation: Inequality, Education and the Working Classes, Bristol

Richter, Rudolf, 1990, Sichtweise und Fragestellungen der Neuen Institutionenökonomik, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Jg. 110, Nr. 4, S. 571–591

Richter, Rudolf / **Furubotn**, Eirik G., 1996, Neue Institutionenökonomik. Eine Einführung und kritische Würdigung, Tübingen

Rothstein, Bo / **Teorell**, Jan, 2008, What Is Quality of Government? A Theory of Impartial Government Institutions, in: Governance, Jg. 21, Nr. 2, S. 165–190

Sachs, Jeffrey D. / **Lafortune**, Guillaume / **Fuller**, Grayson / **Iablunovski**, Guilherme, 2025, Sustainable Development Report 2025, <https://dashboards.sdgindex.org> [16.4.2026]

Stavrova, Olga / **Ehlebracht**, Daniel, 2015, Cynical Beliefs about Human Nature and Income: Longitudinal and Cross-Cultural Analyses, in: Journal of Personality and Social Psychology, Jg. 110, Nr. 1, S. 116–132

Sunstein, Cass R., 2009, Going to Extremes: How Like Minds Unite and Divide, Oxford

Tagay, Sefik, 2026, Das psychologische Fundament einer stabilen Demokratie, in: Neue Zürcher Zeitung, 8.4.2026

Thunberg, Greta, 2019, »How dare you« – Greta Thunberg hält emotionale Rede beim UN-Klimagipfel, <https://www.zeit.de/zett/2019-09/how-dare-you-greta-thunberg-haelt-emotionale-rede-beim-un-klimagipfel> [1.7.2026]

Tosi, Justin / **Warmke**, Brandon, 2020, Grandstanding: The Use and Abuse of Moral Talk, Oxford

Transparency International, 2025, Corruption Perceptions Index 2025, <https://www.transparency.de/cpi/cpi-2025> [4.5.2026]

Tocqueville, Alexis de, 1984, Über die Demokratie in Amerika, München

Treisman, Daniel, 2020, Economic development and democracy, Predispositions and triggers, in: Annual Review of Political Science, Jg. 23, Nr. 1, S. 241–257

UNDP – United Nations Development Programme, 2025, Human Development Report 2025. A matter of choice: People and possibilities in the age of AI (Years of schooling by level of education and gender), New York

UNESCO World Heritage Centre, 2025, World Heritage List, <https://whc.unesco.org/en/list/> [4.5.2026]

V-Dem-Institute – Varieties of Democracy Institute, 2025, Liberal Democracy Index, in: Our World in Data, <https://ourworldindata.org/grapher/liberal-democracy-index> [4.5.2026]

Verkamp, Robert / **Koß**, Michael, 2026, Demokratieonitor 2026. Legitimität und Performance der Demokratie in Deutschland, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh

Vorländer, Hans, 2017, Demokratie, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 332, S. 3–35

Vorländer, Hans, 2026, Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien, 6. Aufl., München

Weltbank, 2025, World Development Indicators und Worldwide Governance Indicators (Mortality rate infant, Control of Corruption, Government Effectiveness, Political Stability, Regulatory Quality), <https://data.worldbank.org/> [4.5.2026]

WHO – World Health Organization, 2025, Life expectancy at birth (years), Global Health Observatory, [https://www.who.int/data/gho/data/indicators/indicator-details/GHO/life-expectancy-at-birth-\(years\)](https://www.who.int/data/gho/data/indicators/indicator-details/GHO/life-expectancy-at-birth-(years)) [4.6.2026]

Wu, Hsin-Che, 2025, The Paradox of Progress: Modernization, Shifting Values, and the Persistence of Authoritarianism in China, in: Social Science Quarterly, Jg. 106, Nr. 3

Zheng, Jiansong / **Zhang**, Tao, 2025, Patterns of trust and subjective well-being across societies: the role of long-term versus short-term orientation, in: BMC Psychology, Jg. 13, Nr. 697

Das Wichtigste in Kürze

- **Erweitertes Demokratiefundament:** Die Resilienz liberaler Demokratien hängt nicht allein von formalen Institutionen ab, sondern ist zwingend auf ein Mindestmaß aller sieben interdependenten Kapitalarten (ökonomisches, soziales, Humankapital, kulturelles, moralisches, institutionelles und Naturkapital) angewiesen.
- **Gegenseitige Verstärkung:** Zwischen der Kapitalausstattung und der demokratischen Qualität existiert eine sich wechselseitig verstärkende Dynamik. Demokratien benötigen diese Ressourcen und bieten zugleich die besten Rahmenbedingungen für deren Entfaltung.
- **Grenzen des ökonomischen Kapitals:** Materieller Wohlstand finanziert öffentliche Güter und mindert Existenzängste, ist aber kein Garant für Demokratisierung, wie das Scheitern der Strategie »Wandel durch Handel« in Staaten wie China und Russland belegt.
- **Bedeutung des Sozialkapitals:** Generalisiertes Vertrauen in Mitmenschen und intakte Netzwerke sind essenziell für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie verbessern die Regierungsleistung und sichern die Legitimität demokratischer Institutionen.
- **Humankapital als Demokratieschutz:** Es besteht ein statistischer Zusammenhang zwischen Bildungsjahren und demokratischer Qualität, da Bildung kritisches Denken, allgemeine kognitive Fähigkeiten, Kooperationsbereitschaft und zivilgesellschaftliches Engagement fördert.
- **Präferenz von »Voice« (aktive Teilhabe) statt »Exit« (Rückzug):** Wenn moralisches und institutionelles Kapital durch Ineffizienz, Überregulierung oder Normbrüche erodieren, flüchten Bürger in die Schattenwirtschaft oder den Extremismus (Exit); faire Institutionen hingegen fördern die aktive demokratische Teilhabe (Voice).
- **Defizite beim Naturkapital:** Die schwächere Korrelation zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und Demokratie offenbart die strukturelle Schwierigkeit demokratischer Systeme, Generationengerechtigkeit gegen kurzfristige Wählerinteressen durchzusetzen.
- **Individuelle psychische Resilienz:** Ein empfundener Kontrollverlust angesichts globaler Krisen schwächt die demokratische Regulationsfähigkeit der Gesellschaft. Psychologische Stabilität ist daher eine zentrale demokratische Ressource.

Autoren



Prof. Dr. **Dominik H. Enste**, geboren 1967 in Arnsberg, leitet seit 2003 das Kompetenzfeld »Verhaltensökonomik und Wirtschaftsethik« im Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Seit 2012 ist er zudem Geschäftsführer der IW Akademie. Er ist Professor für Institutionenökonomik und Wirtschaftsethik an der Technischen Hochschule Köln sowie Dozent an der Universität zu Köln und der Universität Bonn. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Instituts (RHI).



Katharina Werner, geboren 2001 in Mettmann, studierte Industrial Business (BA) an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Ihren Master of Arts absolvierte sie im Studiengang »Behavioral Ethics, Economics and Psychology« an der IW Akademie/TH Köln. Seit 2026 ist sie Studiengangsmanagerin und Referentin in der IW Akademie.



Jennifer Potthoff, geboren 1999 in Düren, studierte International Business (BA) an der Technischen Hochschule Köln. Ihren Master of Arts absolvierte sie im Studiengang »Behavioral Ethics, Economics and Psychology« an der IW Akademie/TH Köln. Seit 2021 ist sie Economist im Institut der deutschen Wirtschaft im Kooperationscluster »Verhaltensökonomik und Wirtschaftsethik«.

RHI-Publikationen



Die Publikationen des Roman Herzog Instituts gibt es zum kostenlosen Download auf www.romanherzoginstitut.de/publikationen oder hier:



Was stärkt Demokratien?

Fundamente, Zusammenhänge und
Empfehlungen im Ländervergleich

Mittlerweile leben Dreiviertel der Weltbevölkerung in Autokratien. Liberale Demokratien geraten immer mehr unter Druck. Auch bei uns wächst die Zahl derer, die demokratische Strukturen für ineffizient und überbürokratisch halten.

In der vorliegenden Studie untersuchen Dominik H. Enste, Jennifer Potthoff und Katharina Werner, welche grundlegenden Bedingungen für stabile Demokratien wichtig sind. Sie zeigen anhand eines internationalen Vergleichs, wie demokratische Systeme auf unterschiedlichen Ebenen widerstandsfähig gegen autoritäre Bedrohungen gemacht werden können.

ROMAN HERZOG | INSTITUT

Werte | Führung | Zukunft

Roman Herzog Institut e.V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
www.romanherzoginstitut.de

ISBN 978-3-941036-83-3

